Vom streng autonomen Orden der schwarzen Hasskappe

ZECK

Ausgabe 149 - März / April 2009

Das Kreuz mit dem Faschismus



Gegen Antisemitismus und Holocaustleugnung

Hallo liebe Leser_innen,

in den nächsten Ausgaben wollen wir einen Schwerpunkt zur 20jährigen Besetzung der Flora machen. Wir würden uns über eure Zuschriften oder Material zu diesem Thema freuen. Nebenbei die Zeck feiert im Mai ihre 150. Ausgabe. Viva Autonomedia!

Andächtig haben wir in der Redaktion die Aufhebung der Exkommunizierung der Piusbruderschaft verfolgt. Was als klammheimlicher Rechtsschwenk des Vatikans begonnen hat, ist nun in einen weltweiten Eklat gemündet und der Papst zeigte sich nicht etwa über Antisemitismus entsetzt, sondern darüber "dass alle antikatholischen Ressentiments, die in Deutschland schlummern, jetzt an die Oberfläche kommen".

Nicht nur die ewig verdächtigen Atheisten vom Spiegel stellten fest: "Die Grenzen zwischen katholischen Eiferern und politischen Rechten sind fließend. Gemeinsam träumen Fundamentalisten von einer Gegenrevolution". Sogar eine christlich-soziale Kanzlerin Merkel meldete sich mit weichgespülter Kritik zu Wort. Es ging ja immerhin darum das Ansehen in der Welt zu retten, denn wer in übergroßen schwarz-rot-goldenen Schlagzeilen "Wir sind Papst" feiert, hat natürlich ein echtes Imageproblem, wenn selbiger in ganau dieser Traditionslinie Antisemitismus und Holocaustleugnung protegiert.

Mit der Piusbruderschaft wurden in den Kreis der Kirche nicht nur die üblichen christlichen Frauen-, Schwulen- und Judenhasser aufgenommen, die sich generell gegen Aufklärung und Moderne richten, sondern auch der international bekannte Holocaustleugner Bischof Williamson. Die Piusbruderschaft im Antisemitismus vereint, distanzierte sich halbherzig, um dann zum Gegenangriff überzugehen: "Wir predigen über Sünde und Vergebung, Himmel und Hölle. Wir sind eine Religionsgemeinschaft, kein Verein politisch korrekten Gutmenschentums." so deren Oberster Bernard Fellay.

Was das konkret heißt ist wiederum im Pius-Magazin "Angelus" nachzulesen: "Christentum und Judentum sind unausweichlich verurteilt, überall aufeinanderzuprallen, ohne Versöhnung oder Vermischung. In der Geschichte repräsentiert dies den ewigen Kampf von Lucifer gegen Gott, von Dunkelheit gegen Licht, von Fleisch gegen Geist." Gehetzt wird nicht nur gegen Jüd_innen, sondern auch gegen Türk_innen. Diese würden Deutschland mehr und mehr als Kolonie betrachten. "Erster Punkt: Eroberung von ganzen Stadtvierteln! Zweiter Punkt: Eindringen in die Stadtverwaltungen! Dritter Punkt: Kinder!" Anders würde dies die NPD wohl auch nicht formulieren.

Die Strafe von oben hat die Piusbruderschaft übrigens auf dem Fuß ereilt. Am 12.02.09 konnten aufmerksame Leser_innen Berichte in der Presse verfolgen wonach im Wallis eine Lawine eine Gruppe von Schneeschuhwanderern überrascht und begraben hat.
Die Opfer waren Mitglieder der Pius-Bruderschaft.

Natürlich wollten auch wir vom Orden der schwarzen Hasskappe unseren Teil zu solch himmlischer Strafe beitragen und haben diesem Thema deshalb unser Titelbild gewidmet.

Erleuchtet!
ZECK



Für die neue Rubrik "Zecken in aller Welt" erreichte uns dieses Foto aus Neuseeland.

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf Datenträgern (CD, Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

Flora 20 Jahre besetzt!

Und das soll würdig begangen werden:
Geburtagswochen vom 25.09. - 01.11.

Stattfinden wird Alles, was 20 Jahre Flora geprägt hat: Diskussionen und Infoveranstaltungen, Partys, Konzerte, Lesungen, Theater, Kino, Aktionen ...

Wenn ihr Lust habt während der Wochen etwas zu veranstalten, meldet euch bis Ende März unter: 20jahreflora@web.de

##############################

Leserbrief: Zur Erklärung einiger Gruppen zu den Vorfällen auf der Demo am 3. Oktober

Die Gruppen schreiben selbst:
"Die positive Bezugnahme auf nationale und nationalstaatliche Symbolik bietet keine Perspektive linksradikaler Politik".
Man könnte meinen, damit ist alles gesagt. Nationalismus und Kritik an Staat und Kapital schließen sich gegenseitig aus. Die Fahnen dieser Staaten überlassen wir doch besser den Bütteln.
Allerdings wissen diese Gruppen anscheinend selbst nicht, warum eine positive Bezugnahme auf nationalstaatliche Symbolik keine Perspektive haben soll. Anders ist es wohl nicht zu verstehen, dass dieselben Gruppen den Schluss ziehen, den israelischen Nationalismus zu unterstützen. Als ob nicht jeder Rassismus und Nationalismus ein Wahn ist, dem jede Rationalität entbehrt und der unsere Gegnerschaft verdient.
Die Legende des bürgerlichen Staates, der die Unterwerfung von Land und Leuten durchsetzt und dabei behauptet, dies wäre für sein Volk des Glückes Unterpfand, bewahrheitet sich auch im Falle Israel nicht. Das Israel zum Schutz seiner Bürger und zur Verhinderung eines neuen Auschwitz Krieg führt, ist die Ideologie dieses Staates und seiner Anhänger. Gemeint ist damit die Vertreibung von Millionen Palästinensern aus ihrer Heimat, die Bombardements ihrer Flüchtlingslager und Krankenhäuser und der Zwang auf seine Bürger zum Militärdienst. Mit seinem Kriegsprogramm schafft Israel nicht nur lauter Opfer auf palästinensischer Seite, sondern kalkuliert auch die Opfer seiner eigenen Bürger mit ein. Die Ursache von Ausbeutung und Armut tragen auch hier nicht die bösen Ausländer….

Den Freunden israelischer Staatsgewalt scheint das offenbar alles nichts auszumachen. Aus der Ablehnung des deutschen Wahns, werden sie zu Unterstützern eines anderen. So ist es auch kein Wunder wenn Antideutsche, z.B. von der "Bahamas", sich, was Israel angeht, auch offen zum Rassismus bekennen.

Zudem unterstützt Deutschland den israelischen Staat finanziell und militärisch. Auch deshalb bleibt es ein Rätsel, warum die Freunde auf einer Demo gegen Deutschland erscheinen. Merkel hat unlängst erklärt, Israels Interesse sei nunmehr Deutschlands Staatsräson! Israelsolidarität und deutsche Staatsräson sind offenbar kein unbedingter Widerspruch. Sie ergänzen sich heutzutage aufs allerbeste.

Ein paar Gegner der
nationalistischen Perspektive

####################################

1. Mai 2009: Naziaufmarsch verhindern - so oder so

Am 1. Mai 2009 wollen die Nazis der "freien" Kameradschaften durch Hannover marschieren. Sie wollen wie 2008 in Hamburg unter rassistischen und pseudozalien Motto einen zentralen Aufmarsch am 1. Mai durchführen. Das wird nicht passieren!
Informiert euch auf:
www.mai-hannover.de.vu

Naziaufmarsch am 6.3. / 07.3.09 in Osnabrück

Am 7. März wollen NPD und andere Nazis in Osnabrück unter dem Slogan "Hermannns Schlacht, 2000 Jahre Kampf gegen Überfremdung" einem ihrer Urmythen, der im Jahre 9 geschlagenen Varusschlacht, gedenken und so aus der Geschichte eine Legitimation für ihre menschenverachtende Ideologie machen. Wenn die NPD heute von "Befreiungsschlag" und "Freiheitsschlacht" gegen die "Fremdherrschaft" spricht, so zeigt sie hier ihre Fähigkeiten beim historischen Halluzinieren. Auch konstruierte Wirklichkeiten waren und sind jedoch real wirksam. Die Idee der Nation ist keineswegs so alt, wie die Nazis uns glauben machen wollen. Die Anknüpfung an den nationalen Mythos, seinen irrationalen und emotionalen rassistischen Inhalt, spielt eine wesentliche Überlegung bei der Mobilisierung von NPD und anderen Nazis. Die völkisch-nationalistische Inanspruchnahme des nationalen deutschen Gründungsmythos wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur mit imperialen Gebietsansprüchen, sondern ebenfalls sichtbaren Klischees und Stereotypen der rassistischen Mobilisierung verbunden. Beides diente der 'konservativen Revolution' zur Propaganda und zu Angriffen, die die deutsche Hegemoniemacht in Europa begründen sollten.

Nazis wegrömern!
Den rassistischen Konsens zerschlagen!

Freitag 6. März Vorabenddemo:
Good night deutschland!
Samstag 7. März Nazis Wegrömern!



Gegen Deutschland, EU und NATO
Für die soziale Revolution weltweit!



2009 stehen Aktionen gegen die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar und gegen die 60-Jahr-Feier der NATO im April an, danach wie immer die Ostermärsche.

Zwar wird von der Friedensbewegung der Rückzug der BRD-Truppen aus Afghanistan und manchmal auch die Auflösung der NATO gefordert, doch darin erschöpft sich zumeist die Kritik am BRD-Staat. Wichtig ist uns aber, den Kapitalismus als Grundproblem zu erkennen.
Da dessen Funktionsprinzip expansiv ist, führt die Erschließung neuer Märkte zu einer Kapitalisierung des gesamten menschlichen Lebens weltweit. Die militärische Absicherung globaler Vorrechte der westlichen Industriestaaten und ihrer Konzerne - vor allem in Hinsicht auf aktuelle Krisensituationen - stellt die Wehrhaftigkeit des Kapitals gegenüber den Ausgebeuteten im globalen Maßstab dar.

Sind auch die Interessen der einzelnen Akteure in Teilbereichen different, liegen den NATO-Staaten doch erhebliche Gemeinsamkeiten zugrunde, wie der Wunsch - nach einer Absicherung des Status Quo, sprich die Aufrechterhaltung des freien Zugangs zu Nationalökonomien für das Kapital weltweit (bzw. dort, wo das nicht gewährleistet ist, die Herstellung dieses Zugangs), nach der Beherrschung ökonomisch wichtiger Regionen (z.B. um die Ölversorgung abzusichern) oder nach einer Niederhaltung jedweder Bestrebungen, die die Herrschaft des Kapitals auch nur partiell in Frage stellen. Hierin herrscht Einigkeit unter den NATO-Staaten, bei gleichzeitigen Differenzen im Detail oder in Fragen des optimalen Vorgehens.

Es gibt aber auch eine innerimperialistische Konkurrenzsituation im wesentlichen zwischen den USA und den EU-Staaten, teilweise auch mit Japan, China oder Russland, die immer wieder zu Streitigkeiten führen, die nicht militärisch ausgetragen werden, sich aber in unterschiedlichen Vorgehensweisen ausprägen (z.B. beim Irak-Krieg, in wirtschaftlichen Fragen wie der Regulierung der Finanzmärkte oder dem Euro als Kampfansage an den Dollar als Weltleitwährung). Latent ist Kerneuropa um Deutschland und Frankreich in dieser Konkurrenz ökonomisch am längeren Hebel und hat daher das Interesse, per wirtschaftlicher Durchdringung vorzugehen und internationale Beziehungen zu verrrechtlichen, im Wissen um die eigene militärische Schwäche, verglichen mit den USA. Die USA setzen auf ihre militärische Stärke, um ihrem Kapital exklusiveren Marktzugang zu sichern.

Die EU will aus ihrer relativen militärischen Handlungsunfähigkeit (wodurch sie häufig auf die USA angewiesen bleibt) herauskommen und ihre Militärkapazitäten ausbauen. Deutlich zu sehen an der rasanten Entwicklung auch in der BRD:

DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND

Auf dem militärischen Sektor hat sich in den letzten Jahren einiges geändert:
* Neue Seekriegsmittel wie außenluftunabhängige U-Boote Klasse 212A, die neuen Korvetten K130 für den küstennahen Einsatz, Schiffsgeschütze für Feuerunterstützung an Land auf den Fregatten F125 sind bereits eingeführt oder kurz vor ihrer Einführung.
* Der dritte Einsatzgruppenversorger mit erweiterter Bordhubschrauberkomponente kommt, die Pläne für einen Hubschrauberträger sind bei ThyssenKrupp Marine Systems seit Jahren fertig: MHD Multirole Helicopter Dockship.
* Unter dem Begriff "zivil-militärische Zusammenarbeit" wird alles dem Militär unterstellt. Wenn vorgegeben wird, dass diese "Zusammenarbeit" "… ein Beitrag zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland …" sei, ist es doch eher anders herum: Eine Gefährdung der Menschen. Das Sagen haben immer die militärischen Stellen.
* In diesem Zusammenhang muss auch das sogenannte "Outsourcing" angesprochen werden. Die Bundeswehr setzt für viele Aufgaben, vor allem in den Bereichen Kommunikation, Transport und Logistik zunehmend "zivile" Firmen ein und kann sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.
* Auch die Kommandostrukturen sind völlig anders geartet als noch vor wenigen Jahren, hier seien nur das Streitkräfteunterstützungs- und das Einsatzführungskommmando der Bundeswehr, die Kommandos Führung von Operationen von Spezialkräften, operative Führung Einsatzkräfte und strategische Aufklärung der sog. Streitkräftebasis (SKB) genannt. Dazu kommen eigene diverse Führungskommandos von Marine und Luftwaffe.
* SAR-Lupe, das im Weltraum stationierte strategische Aufklärungsmittel, konnte kürzlich die ersten Satelliten in Betrieb nehmen, die nächsten werden nach und nach von russischen Trägerraketen in den Weltraum geschossen werden.
* Das Europäische Satellitennavigationsprojekt Galileo ist der EU Milliarden wert, denn um in diesem Bereich von den USA unabhängig zu sein, ist es von großer militärischer Bedeutung.
* Kurz sollen noch das europäische Transportflugzeug A400M, der Luftüberlegenheitsjäger "Eurofighter", der Kampfhubschrauber "Tiger" und der europäische Hubschrauber NH90 erwähnt werden.
* seit Jahren existieren die Großverbände DSO (Division Spezielle Operationen) und die DLO (Division Luftbewegliche Operationen).
* Jeder einfache Infanterist wird mit dem System "Infanterist der Zukunft" zur Kampfmaschine gemacht, vorbei sind die Zeiten mit Stahlhelm, G3 und ein bisschen oliv.

* Und zu schlechter Letzt sei noch das Aufrüstungsgebot erwähnt, das nach dem Willen der Bundesregierung unbedingt in die EU-Grundsatzerklärung eingehen muss.

Diese kleine Auswahl von Fakten zeigt deutlich, was bevorsteht bzw. schon Realität ist: ein zumindest im Verbund mit westeuropäischen Kernstaaten wie Frankreich weltweit interventionsfähiges Deutschland.

HELDEN UND GEFALLENE

Nach den Konsequenzen aus dem verlorenen Weltkrieg und einer enorm großen Friedensbewegung in den 80er Jahren hat es die Bundesregierung schwer, die Bevölkerung der BRD auch mental kriegsfähig zu machen. Sie hat es daher, obwohl der Krieg in Afghanistan für die deutsche Bevölkerung fern ist, nötig, von "Helden" und "Gefallenen" zu sprechen. Dies liegt sicher nicht in erster Linie an der zunehmenden ahl von Soldaten, die nur noch im Sarg nach Deutschland zurück gebracht werden können, sondern an der weiteren Einstimmung der Bevölkerung auf Kriege.

REPRESSION NACH INNEN

Neue Versammlungsgesetze in Bayern und Baden-Württemberg, Anwendung des § 129b, verschärfte Anwendung des § 129a gegen linke Strukturen wie aktuell in Norddeutschland und Berlin, Aufrüstung der Polizei, Onlinedurchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung und und und … sind sicher nicht nötig, um den eher symbolischen antikapitalistischen Widerstand heute zu bekämpfen, sondern den Widerstand der Zukunft.

Mehr Armut, auch in den kapitalistischen Kernländern, im "Herzen der Bestie", wird zwangsweise Widerstand hervorrufen, für viele wird es irgendwann keine andere Perspektive mehr geben können als sich zu wehren.

REVOLUTION ODER REFORM

"Linke" Parteien, Gewerkschaften und alle möglichen systemkonformen Verbände versuchen heute schon, Protest zu kanalisieren und militanten Widerstand zu denunzieren (wie es rund um Heiligendamm 2007 zu beobachten war), sie erklären sich zu Sachwaltern der Antiglobalisierungs- oder der Antikriegsbewegung. De facto stabilisieren sie dadurch das herrschende System. Aufrufe werden abgeschwächt, ein bisschen Antifaschismus, ein bisschen Antirassismus, ein bisschen Pazifismus gehört zum Erlaubten und dabei soll es bleiben. Der Kapitalismus - mit allen seinen Widerlichkeiten - wird von der Kritik weitgehend ausgeklammert. Dabei setzt der heutige Kapitalismus auf einen institutionalisierten Rasssismus und versucht zugleich, sich einen antifaschistischen Anstrich zu geben, indem in Sonntagsreden der gewalttätige Rasssismus von Straßenschlägern und Neonazis gescholten wird. Zugleich können faschistische Organisationen unter dem Schirm von Polizei und Justiz gewaltförmige Aufmärsche durchführen und ihre Strukturen ausbauen. Ganz ähnlich hat dieser Staat auch längst gelernt, von Frieden zu reden, wenn er Krieg meint.

SOZIALE REVOLUTION!

Raus aus Afghanistan würde nichts an der grundsätzlichen Politik und den weltweiten Ausbeutungsverhältnissen ändern. Auch eine Auflösung der NATO reicht uns nicht. Wir wollen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen. Wir wollen alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes, erniedrigtes Wesen ist, umwälzen.

Soziale Revolution ist für uns die selbstorganisierte Revolution der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Unterdrückten, bei der alle Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse niedergerissen werden - ohne von neuen ersetzt zu werden, ohne von Parteien, Gewerkschaften oder anderen Verbänden vertreten oder geführt zu werden!

Die Münchner Sicherheitskonferenz, die mit dem neuen Veranstalter Ischinger noch mehr als früher zu einer Regierungsinstitution wird, und auch die NATO, die nichts anderes als ein Kriegsbündnis ist, stößt auf unseren Widerstand.

GEGEN KRIEG UND KAPITAL! GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND AUSBEUTUNG! SOFORTIGE AUFLÖSUNG VON NATO, EU & BUNDESWEHR!
VOM INTERNATIONALEN KLASSENKAMPF ZUR WELTWEITEN SOZIALEN REVOLUTION!
ALLE MACHT DEN RÄTEN!

Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten,
Anarchistinnen / RätekommunistInne
München Januar 2009

Wolfgang Ischinger

ist seit Februar 2008 Vorsitzender der "Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik". Von 2001 bis 2006 war er BRD-Botschafter in den USA, danach noch bis April 2008 BRD-Botschafter in Großbritannien. Seit Mai 2008 ist er als Lobbyist für den Allianz-Konzern tätig.
Zuvor war er Diplomat in mehreren Schlüsselpositionen, z.B. war er Mitglied in einer einer Deutsch-Russischen Strategischen Arbeitsgruppe auf höchster Ebene.
Die Einsetzung Ischingers bedeutet eine Aufwertung der "Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik", die auch nie eine NATO-Konferenz war, sondern schon immer auch dazu diente die deutschen und europäischen Interessen mehr herauszuarbeiten.
Interessant sind auch weitere Tätigkeiten Ischingers, z.B. im sogenannten Bergedorfer Gesprächskreis, wo er im Juni 2008 (Thema: Zukunft der NATO) als Moderator auftrat. Dort wurde der Zustand der NATO als kritisch gesehen, wurde der Afghanistan-Einsatz kritisch gesehen, werden Veränderungen der NATO gefordert, werden Rükkzugslinien aus Afghanistan ausgelotet
Nicht nur weil er aus dem diplomatischen Dienst kommt, sondern weil es politisches Kalkül ist gibt sich Ischinger diplomatischer und moderater gegenüber den GegnerInnen der Münchner Sicherheitskonferenz. Unter Beschuß kam Ischinger kürzlich durch seinen Artikel über "Das Gute an der Krise" in der SZ vom 15.12.2008, wo er u.a. schrieb: "(...) Auch in der Politik sind viele Errungenschaften ohne vorangegangene Krise kaum denkbar: Die Europäische Union von heute wäre ohne die große Krise Europas, die zwei Weltkriege hervorgerufen hatte, nie zustande gekommen. (...)"
Eine gefährliche Sichtweise und historische Verdrehung der Tatsachen, weswegen AntifaschistInnen jetzt seinen Rücktritt und eine Entschuldigung fordern.

Make NATO History!

Auf die Straße gegen den NATO-Gipfel!

Am 3. und 4. April 2009 treffen sich in Baden-Baden und Strasbourg die Regierenden der NATO-Staaten. Sie wollen den Geburtstag jener Organisation feiern, der sie die militärische Absicherung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht verdanken. Und sie planen dort die Zukunft der NATO, damit diese noch schlagkräftiger weltweit ihre Interessen kriegerisch durchsetzen kann.

Wir werden Widerstand leisten. Wir werden unseren Widerstand auf den Straßen Baden-Badens und Strasbourgs manifestieren. Wir werden in das Geschehen eingreifen und den Regierenden einen Strich durch ihren wohlgeplanten Ablauf machen. Ihre selbstherrliche Inszenierung der Macht ist angreifbar!

Wir rufen dazu auf, das NATO-Treffen zu belagern, zu umzingeln, zu blockieren! Wir rufen dazu auf, sich an den Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen! Wir rufen dazu auf, massenhaft Blockaden und andere Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das Treffen der KriegstreiberInnen zu setzen!

NATO - Krieg ist ihr Frieden!

Die NATO gewinnt wieder an Bedeutung. Sie ist längst nicht mehr das verkrustete Bollwerk des Kalten Krieges. Seit Anfang der 1990er Jahre wird das formale Verteidigungsbündnis zu einem Interventionsinstrument ausgebaut. Dafür wurden sämtliche Armeen der Mitgliedsstaaten so umstrukturiert und in die NATO-Strukturen integriert, dass globale Kriegsführung nicht nur möglich, sondern sogar zur primären Doktrin erhoben ist. Die weltweiten Krisen, ob sie nun politischer, militärischer, ökonomischer, sozialer oder ökologischer Natur sind, sollen durch militärisches Krisenmanagement stabilisiert werden - wenn nötig, durch die Destabilisierung ganzer Regionen. So soll der Zugang zu Märkten und Rohstoffen gesichert werden.

Doch längst hat sich gezeigt, dass allein die Fähigkeit der NATO, Angriffskriege wie gegen Jugoslawien und Afghanistan zu führen, nicht ausreicht, um stabile kapitalistische Verwertungsbedingungen herzustellen. Deswegen wird das Aktionsfeld der NATO erweitert. Sie soll nicht mehr nur Interventionsinstrument sein. Sie soll Kern eines flexibel einsetzbaren militärisch-zivilen Besatzungsregimes werden. Ein militärisch erobertes Gebiet ist eben noch lange kein komplett kontrolliertes. Unter Kontrolle der Militärs sollen die gesamten Gesellschaftsstrukturen besetzter Staaten umgekrempelt werden.

Die Einbindung ziviler Organisationen in die Kriegsführung wird weiter ausgebaut. So wird es, wenn es nach dem Willen der KriegsstrategInnen geht, in naher Zukunft keine nicht-militarisierte Arbeit ziviler Hilfs- und Aufbauorganisationen in besetzten Ländern mehr geben - weil sie entweder unter dem Kommando der NATO stattfindet oder gar nicht mehr. Afghanistan ist ein erster Versuch in diese Richtung. Hier zeigt sich aber auch, dass die Fähigkeiten und Kapazitäten der NATO noch nicht ausreichen, um die Friedhofsruhe herzustellen, die sie für das reibungslose Durchsetzen der Interessen ihrer Mitgliedsländer braucht.

In Strasbourg sollen deshalb weitere Weichen gestellt werden, um die organisatorischen Bedingungen für einen kriegerischen Dauerzustand zu schaffen. So sollen Kriege zukünftig per Mehrheitsentscheidung beschlossen werden. Nur wer mitmacht, darf dann noch über Details bestimmen. Weitere Beispiele: Die NATO will ihre Kriege unabhängig von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates führen, sie plant die Aufstellung eines eigenen Raketensystems in Europa und die Militärs wollen sich das Erstschlagrecht mit Atomwaffen in die Verträge schreiben lassen.

Bei alledem gewinnen die europäischen Regierungen in der NATO an Macht. Die EU marschiert zwar Seite an Seite mit den USA - aber als eigenständiger Faktor. Die NATO ist hierfür der zentrale Ort. Es ist also kein Zufall, dass der Jubiläumsgipfel in Deutschland und Frankreich stattfindet. Frankreich wird wieder Teil der militärischen Struktur der NATO sein und Deutschland ist mittlerweile potenziell bereit, sich an jedem Krieg zu beteiligen. Die Bundeswehr hat in den letzten 15 Jahren die Transformation zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee vollzogen. Sie hat dafür ihre Strukturen verändert und sie ist dabei, sich das notwendige Gerät zu beschaffen. Wer also die NATO kritisiert, muss in Deutschland von der Bundeswehr reden. "Old Europe" zieht gemeinsam mit "New America" in den Krieg.

Krisenkriege - Innen und Außen

Es gibt eine offensichtliche Krise des kapitalistischen Systems. An die Stelle eines, wenn auch nie eingelösten, Wohlstandsversprechens für Alle tritt eine zunehmende Militarisierung und Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das kapitalistische System hat keine Perspektive mehr außer der permanenten Verwaltung der Krise. Gerade in solchen Zeiten wird das Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis zwischen den Metropolen und den rohstoffreichen armen Ländern zunehmend durch militärische Gewalt bestimmt.

Vor diesem Hintergrund führen wirtschaftliche und geostrategische Interessen zu Angriffskriegen. Das gilt angesichts des imperialistischen Kampfes um Öl, Gas und andere Ressourcen - aber auch in Hinsicht auf die Folgen des Klimawandels. Kapitalismus ist ohne Krieg nicht zu denken, Krieg nicht ohne Vergewaltigung und Mord, und die globalisierte Kriegswirtschaft nicht ohne Hunger, Flucht, Vertreibung und Zwangsprostitution.

Und die Regierenden antworten auf Flucht und Vertreibung abermals mit einer weiteren Ausdehnung des Militärischen. Ein deutlicher Ausdruck ist die militarisierte europäische Migrationspolitik, die aufs Engste mit der herrschenden Sicherheits- und Kriegspolitik verflochten ist. Die operative Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Grenzschutztruppe Frontex ist darin genauso wesentlicher Bestandteil, wie die Internierung von Flüchtlingen in Lagern außerhalb der Festung Europa. Es gibt in dieser Weltordnung keinen Friedenszustand, der ohne Krieg auskommt. Das Militär ist ein wesentliches Mittel des Krisenmanagements.

Aber auch bei der Regulation der gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb der Metropolen wird zunehmend auf unmittelbare Zwangsformen zurückgegriffen - flächendeckende Video- und Internetüberwachung, großer Lauschangriff, genetischer Fingerabdruck oder Bundeswehreinsatz im Inland.

Die Trennung von Militär, Polizei und Geheimdienst wird aufgelöst.

Gleichzeitig findet eine Ausdehnung des Militärischen in allen gesellschaftlichen Bereichen statt: Mit der Privatisierung von Teilen der Kriegsführung wie Logistik, Transport, Sanitäts- und Bewachungsdiensten entsteht ein militärisch-ökonomischer Komplex aus dem Konzerne und Firmen ihren unmittelbaren Profit ziehen. Das Kapital weiß, was es an der Bundeswehr hat und ist deshalb auch bereit für die gesellschaftliche Akzeptanz des Militärs zu sorgen. Angesichts der Ablehnung, die die Auslandseinsätze der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung erfahren, ist das auch dringend nötig.

Wo aber gesellschaftlicher Reichtum für das Militär und das Führen von Kriegen verbraucht wird, da muss an anderer Stelle gespart werden. Das wusste auch Rot-Grün, als sie verkündeten, die Agenda 2010 werde schon die Mittel für die Auslandseinsätze freistellen. Die Sozialkürzungen der letzten Jahre stellen aber nicht nur das notwendige Geld bereit, sie erhöhen auch den Druck, den Verlockungen vom "sichereren Job mit hervorragender Bezahlung" nachzugehen. Die Bundeswehr ist eine Armee, die von der Rekrutierung Arbeitsloser lebt. Das erklärt auch die jährlich mehr als 1.000 Werbeveranstaltungen in Arbeitsämtern. Als wesentliche innergesellschaftliche Folge der militärischen Formierung dringt zudem das Männerbündische und Sexistische verstärkt als selbstverständlicher Teil in jede gesellschaftliche Auseinandersetzung. Krieg und Militarismus verfestigen Geschlechterstereotypen, die in "Friedenszeiten" geschaffen, akzeptiert und legitimiert werden. Die zunehmende Anerkennnung ritualisierter Männlichkeit, und diese ist konstituierend für jede Armee, verschafft patriarchaler Zurichtung einen immmer größeren Spielraum. Dass Frauen Teil des Militärs sind, ändert daran nichts. Dieser Entwicklung sagen wir unmissverständlich den Kampf an; wohl wissend, dass die Maßnahmen des Überwachungsstaates und die innere Aufrüstung präventiv auf gesellschaftliche Widerstände, Streiks und Revolten zielen.

Auf nach Strasbourg!

Unser Weg beginnt nicht erst am 3. oder 4. April 2009. Wir starten schon jetzt mit einer Mobilisierung, die praktisch entwickelt, was in Strasbourg gemeinsam möglich sein kann. Wir rufen dazu auf, die Mobilisierung zu einer Weiterentwicklung antimilitaristischer Politik zu nutzen - egal, ob in der Straße, im Dorf, im Stadtteil, in der Stadt oder der Region. Eine antimilitaristische Bewegung kann sich nicht einfach aufgrund einer besseren Moral oder aus Bewusstsein heraus begründen; es reicht nicht, nur die Idee einer friedlicheren Welt zu haben.

Wir begreifen uns als Teil einer Linken, die in die gesellschaftlichen Verhältnisse interveniert. So entwickeln sich Perspektiven antimilitaristischer Praxis! Darum rufen wir zur Gründung Antimilitaristischer Aktionskreise auf. Sie sollen ein möglichst breites politisches Spektrum umfassen, das gemeinsam nicht nur lokal über die Aktionen in Baden-Baden und Strasbourg informiert, sondern auch eigenständig Widerstand und Protest gegen die Bundeswehr entwickelt.

Aktionstage!

Am 7. Februar 2009 findet die alljährliche NATO-Sicherheitskonferenz in München statt. Wir begreifen die Demonstrationen und Aktionen gegen dieses Treffen der KriegsstrategInnen als Auftakt der Mobilisierung gegen das NATO-Treffen im April. Beteiligt euch an den Aktivitäten des Bündnisses gegen die Sicherheitskonferenz!

Zusätzlich rufen wir zu zwei lokalen Aktionstagen auf, an denen die Aktionskreise und auch einzelne Gruppen bundesweit ein deutliches Zeichen des Widerstandes gegen Militarisierung in die Öffentlichkeit tragen. Am 7. Februar und am 14. März 2009 wollen wir landauf und landab zeigen, dass Antimilitarismus kein eingemottetes Relikt vergangener Zeiten ist. Der Kampf gegen Militarismus muss auf die Tagesordnung Aller, denen die herrschenden Verhältnisse unerträglich sind, er ist historisch notwendig! Mit den Aktionstagen wird die Politik zweier deutscher Konzerne in den Mittelpunkt gestellt, die Vorreiter der Verankerung von Krieg in Gesellschaft und Ökonomie sind: DHL, ein Konzern der Deutschen Post, ist ein herausragendes Beispiel für die Privatisierung der Kriegsführung. DHL wickelt nicht nur den Feldpostverkehr der Bundeswehr ab, er ist als weltweit führender Logistikkonzern zuständig für einen großen Teil des Materialtransportes der deutschen wie der US-Armee. Zukünftig wird sich diese Aufgabe wahrscheinlich erheblich ausweiten.Daneben ist die Commmerzbank führend bei der Umsetzung der Strategie der zivil-militärischen Zusammmenarbeit - trotz Finanzkrise. Sie veranstaltet zusammen mit der Bundeswehr regelmäßige Treffen, bei denen stratebgische Absprachen zur engeren Anbindung der zivilen Eliten aus Politik, Industrie und Wirtschaft an die militärischen Strukturen getroffen werden. So wird eine Militarisierung nach Innen forciert - es formiert sich ein militärisch-ökonomischer Komplex, der sich in die Lage versetzt, weltweit Besatzungsregimes zu installieren. DHL und Commerzbank sind ganz vorne mit dabei.

Eingreifen!

Beide Konzerne bieten breite Angriffsflächen. Sie unterhalten Filialen und Einrichtungen in allen Städten. Hier lässt sich leicht eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten entfalten. Der Schulterschluss von Wirtschaft und Militär kann so thematisiert und angegriffen werden. Die praktische Zusammenarbeit verschiedener linker Gruppen kann ein wichtiger Schritt sein, die Handlungsoptionen antimilitaristischer Arbeit zu erkennen und gemeinsam einen Schritt weiter zu kommen. Bildet lokale Aktionskreise! Seid aktiv an den Aktionstagen!

Beteiligt euch an den Aktivitäten gegen die NATO!

Die Tage um den 3. und 4. April 2009 werden Tage des vielfältigen Widerstandes sein. Bundesweite und internationale Bündnisse organisieren einen Kongress, Camps, Demos, Blockaden und andere Aktionen. Es geht uns um Entschlossenheit im Handeln und eine kollektive Erfahrung von Gegenmacht! Es wird am 3. April 2009 in Baden-Baden eine Reihe von verschiedenen Aktionen geben. Am 4. April 2009 wird eine große internationale Demonstration in Strasbourg stattfinden, die lautstark und kraftvoll ein Zeichen des Widerspruchs zu der Kriegspolitik der NATO-Staaten auf die Straße trägt.

Wir, die Interventionistische Linke, werden Teil dieser Demo sein. Wir rufen auf, zu einem internationalistischen Block! Darüber hinaus wird die IL sich an einem Belagerungskonzept beteiligen, das eingreift in die Planungen der Regierenden, das blockiert, das umzingelt, das den geplanten Ablauf der KriegstreiberInnen ins Trudeln bringen will. Unser Ziel ist eine Intervention gegen das Getriebe der Macht, entschlossen, voller Wut all derjenigen, die die Schnauze voll haben von den Verhältnissen, die sie nicht mehr ertragen, die eine andere Welt für nötig und möglich halten.

Für eine antimilitaristische und internationalistische Bewegung!I

Interventionistische Linke

Dezember 2008

Für eine offensive Kampagne gegen das militärische Engagement der DHL - Comprehensive Resistance

Die Bundeswehr will große Teile ihrer Basislogistik an ein ziviles Unternehmen abtreten, was als umfangreichstes Projekt der Privatisierung und Umstrukturierung der Bundeswehr gilt. Konkret geht es um die Lagerung von Bundeswehrmaterial und den Transport von Kriegsgerät, Soldaten, Munition und Treibstoffen. Zivile Firmen und Dienstleister werden so zu aktiven Akteuren einer kriegerischen Mobilmachung, weil sie mit Krieg und kriegerischen Friedenseinsätzen ein ökonomisches Interesse verbinden. Die DHL bewirbt sich gerade um den bislang größten Auftrag der deutschen Transportbranche.

Comprehensive approach ("umfassender Ansatz") heißt die neue Doktrin der NATO, deren Ziel es ist, zivile Strukturen zunehmend für militärische Zwecke nutzbar zu machen. Dies bedeutet eine wachsende Verschränkung militärischer und ziviler Interessen und die ausuferende Durchdringung des Alltags durch militaristische Logiken. Dem comprehensive approach setzen wir nun "comprehensive resistance" entgegen. Die Kampagne "umfassender Widerstand" ist die Aufforderung zu einer spektrenübergreifenden Initative, die kontinuierlich das Militärische im Zivilen am Beispiel der DHL skandalisiert. Uns steht eine bunte Palette der Protest- und Widerstandsformen zur Verfügung, welche sich weder an sogenannte legale noch illegale Formen bindet. Kreativ und unberechenbar ergänzen sich beide Formen.

Warum die DHL?
Die Deutsche Post hat schon 2002 mit der Bundeswehr einen Rahmenvertrag geschlossen, demzufolge sie national und international den Versand von eiligen militärischen Dokumenten, sowie militärischer Ausrüstung und Verbrauchsgüter bis 50 kg übernimmt. Zu Beginn des Jahres 2002 wurde die Deutsche Post World Net Hauptaktionär von DHL. Gegen Ende desselben Jahres stand DHL im 100%igen Eigentum der Deutsche Post World Net. Seit 2003 wird das gesamte Fracht- und Express-Geschäft der Deutschen Post unter dem Dachnamen DHL betrieben. DHL ist weltweiter Marktführer für internationalen Expressversand und Überlandtransport sowie die internationale Luft- und Seefrachtbeförderung und hatte unmittelbar nach Aufhebung der UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak im Mai 2003 dort als erstes Unternehmen Logistikdienstleistungen angeboten. Hauptkunde im Irak ist das US-Militär wodurch DHL vom reinen Profiteur des Irakkrieges zum unmittelbaren Kriegs- und Besatzungshelfer avancierte. Die Deutsche Post AG als Konzernmutter der DHL ist um Diskretion bemüht und versucht die Fracht gegenüber der Öffentlichkeit auf Post für die US-Soldaten herunterzureden. Hierzu gab es eine Auseinandersetzung auf der Aktionärsversammlung der Deutschen Post AG im April diesen Jahres. Dem Vorstandsvorsitzenden Frank Appel wurde von kritischen Aktionären vorgeworfen, die Mitwirkung des Konzerns im Irakkrieg zu verschleiern. Transportiert werden neben der Feldpost verschiedenste Güter, die vom US-Militär und von unter Vertrag stehenden Unternehmen gebraucht werden. Die bereits erfolgende zivil-militärische Zusammenarbeit ist der Grund aktuell die Konzentration der Kampagne auf die DHL zu legen und die anderen Bewerber der Ausschreibung zum jetzigen Zeitpunkt nur zu benennen (Siehe weiter unten), um sich nicht zu verzetteln.
Mit einer Entscheidung über die Auftragsvergabe wird ab dem Frühjahr 2009 durch das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (dem Bundesminiterium für Verteidigung unterstellt) gerechnet.

Das politische Ziel dieser Kampagne besteht darin die Zusammenarbeit der DHL als olivfarbener Briefträger und Transporteur von Krieglogistik bis hin zur Auslieferung von Munitionsteilen für die Bundeswehr öffentlich zu thematisieren und skandalisieren. Mit der Skandalisierung am Beispiel der DHL beabsichtigen wir eine breite Kampagne auszurufen, welche die wachsende Verzahnung ziviler und militärischer Bereiche in das Bewußtsein der Öffentlichkeit trägt.

Das praktische Ziel einer solchen Kampagne liegt auf der Hand: Die DHL hat sich aus dem Geschäft mit der Bundeswehr zurückzuziehen, weil der Imageschaden und ein wachsender KonsumentInnenstreik durch publicityträchtige Ereignisse viefältigster Art schwerer wiegt als der ökonomische Aspekt. Die zivilmilitärische Verschränkung ökonomischer Interessen im Allgemeinen und bei der DHL im Besonderen, sowie die Tiefe - in der militärische Strukturen und Prinzipien in den Alltag und in den als zivil wahrgenommenen, privaten Dienstleisterbereich einbrechen - sind uns Anlass zur Beteiligung an der Kampagne einzuladen.

Zu dem Rahmen der Kampagne:
Damit eine derart ambitionierte Kampagne eine starke Kraft entfaltet, sind verschiedenste gesellschaftliche Strömungen zu begrüßen, welche die DHL von der Straße, vom Betrieb, vom Kundenschalter aus und in den Aktionärsversammlungen in die Zange nehmen und massiv unter Druck setzen. Konkret geht es uns um ein bewußtes, aufeinander bezogenes Zusammenwirken friedensbewegter Kreise, autonomer und antimilitaristischer Gruppen, kritischer AktionärInnen und GewerkschafterInnen sowie der DienstleistungsnutzerInnen der DHL - also der KonsumentInnen. Über einen "äußeren" wie "inneren" Druck auf die DHL gegen das zivilmilitärische Engagement kann diese Kampagne zu einem Erfolg werden. Wir rufen eine Kampagne aus, in der die verschiedenen Gruppen und Beteiligten Menschen sich ihren Platz suchen und einnehmen können. Entsprechend des eigenen politischen Hintergrundes und der Möglichkeiten wird jede Gruppe selber aktiv. Das Verhältniss zwischen den verschiedenen AkteurInnen ist ein gleichberechtigtes, in der keine Zentrale oder keine einzelne Gruppe oder Strömung den Protest oder die Form des Widerstandes vorgeben kann. Bündnisse, Bezugnahmen oder koordiniertes Vorgehen sind ausgesprochen wünschenwert.
Jede Initative, jede Intervention bettet sich ein in den Kontext vieler unterschiedlicher Initativen und Interventionen. Jeder emanzipative Beitrag ist willkommen. Durch diese angestrebte Breite wird die Kampagne für die DHL und auch für die Bundeswehr unübersichtlich und schwer zu berechnen. Die DHL ist deshalb so angreifbar, weil in jedem Dorf ein Briefkasten, in



jeder Stadt ein Postamt steht. Unterschiedlichste Menschen haben so die Möglichkeit, kritisch gegen die militärische Nutzung ziviler Bereiche vorzugehen. Das kann von den Umgestaltungen von Postkästen, zu Kundengesprächen und Performances an den Schaltern der Post gehen, bis hin zur Störung der Logistikarbeit und Blockaden von Verteilerzentren reichen.
Die angestrebte gesellschaftliche Breite der Kampagne macht erforderlich, auf die Vermittlung und Vermittelbarkeit von Aktionen in der Öffentlichkeit zu achten. In dem vorgeschlagenen Konzept der Kampagne wird es keine zentral geführte Pressearbeit geben - dafür sind alle Beteiligten selbst verantwortlich. Bestehen über Vorgehensfragen Widersprüche, bzw. Differenzen ist die Kommunikation selbiger zu begrüßen. Orientierend für die Kampagne ist das Ziel die DHL aus der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu zwingen und dies mit einem breiten, auf Unterschiedlichkeiten basierenden Spektrum in Gang zu bringen.

TrägerInnen der Kampagne:
In der jetzigen Phase sind wir alle zu einer massiven Öffentlichkeitsarbeit aufgefordert. Kontakte in die Gewerkschaften oder Betriebsräte sollten genutzt werden, um eine Sensiblisierung für die Kampagne in Gang zu setzen. Wir richten Fragen an die ArbeiterInnen/Angestellten/ZeitarbeitInnen direkt: Was für Einflußmöglichkeiten bestehen, die DHL zu zwingen aus dem "Kriegsgeschäft" auszusteigen? Wie kann in linken und gemäßigten Gewerkschaftskreisen oder auf Betriebsratebene die Initative aufgegriffen und verankert werden? Welche z.B. betriebsbedingten Forderungen gehören mit der Kampagne verbunden? Einersseits ist das Briefgeschäft der Geldbringer der Post, anderseits sind die BriefausträgerInnen beabsichtigterweise wegen der auf Rendite ausgerichteten Post völlig überarbeitet. So hat die Post aus dem Milliardengewinn des Portoverkaufes den Expressdienstleister DHL erst überhaupt einkaufen können.

Welchen Stellenwert wollen sich AktionärInnen geben, die diesen zivilmilitärischen Zusammenwirken mehr als kritisch gegenüberstehen? Können Aktionärsversammlungen ein Ausdruck werden, der unüberhörbar die Kritik in die Öffentlichkeit transportiert? Und können sich Menschen aus dem friedensbewegten oder autonomen Spektrum vorstellen eine Aktie zu erwerben, um sich mit kritischen Aktionären die DHL gemeinsam gegen die olivfarbene Partnerschaft öffentlich zu verhalten?
Gesellschaftliche Gruppen und KonsumentInnen können - weil sie nicht durch einen Arbeitsvertrag gebunden sind - andere Spielräume aufmachen, die die Fragen von Legalität von Protest und Widerstand nicht zum Maßstab des Handelns machen müsssen. So sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt - abgesehen davon, das die Androhung und Umsetzung von Imageschäden und materiellen Einbußen sich der Öffentlichkeit vermitteln sollten und die angestrebten Breite der Kampagne berücksichtigt bleibt.

Zeitplan und Etapenziel:
Die Kampagne beginnt jetzt. Wir stellen zur Diskussion die Kampagne bis zur Aktionärsversammlung 2010 zu terminieren. Ziel könnte sein, auf einen zeitlichen Höhepunkt der Kampagne hinzuwirken, der verschiedene Aktionsformen, wütenden Protest von bis dahin mobilisierten KonsumentInnen und AntimilitaristInnen mit der Versammlung kritischer Aktionäre auf der Versammlung bündelt.

Die erste Etappe liegt rund um die 60 Jahr Feier der NATO, zu der auch Gegenaktivitäten in Strasbourg/Baden Baden Anfang April geplant sind. Strasbourg kann ein Kristallisationspunkt werden, die Kampagne bis dahin im Vorfeld breit vorgestellt und mit diversen publicityträchtigen Nadelstichen in Schwung zu bringen. Die erste Etappe wäre der Höhepunkt der Bekanntmachung - auch international - der Kampagne. Denn dann geht es erst richtig los, um das laufende Vergabeverfahren massiv zu stören in dem sich die DHL befindet. Die Kampagne bietet somit auch die Perspektive konkreter antimilitaristischer Interventionsmöglichkeiten weit über Strasbourg hinaus. Neu entstandene Strukturen, wie nach vielen Events oft nicht unüblich, müssen nicht daran zerfallen, das es keine weiteren praktischen Anknüpfungen in den jeweiligen Regionen zu geben scheint.

Fliegt die DHL aus dem Verfahren heraus oder sollte sie sich wider unserer Erwartungen zurückziehen, muß die Kampagne neu bewertet werden. Auch hinsichtlich dessen, ob sich ein anderer Logistiktransporteur für unsere Kampagne anbietet. Beworben haben sich neben der Post-Tochter DHL, die Deutsche Bahn mit ihrem Transportunternehmen Schenker, die Dienstleistungsfirma Arvato aus der Bertelsmann-Gruppe sowie ein mittelständisches Konsortium aus der Bremer Firma Hellmann Logistics, dem Flugzeug- und Rüstungskonzern sowie der Beraterfirma Accenture.
Ausländische Logistikfirmen haben aus Gründen der nationalen Sicherheit keine Chance.

Kampagne
Comprehensive Resistance

Von München nach Strasbourg: Smash we can!

Über 4000 Menschen demonstrierten am 07.02. gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz in München.

Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich ab 12 Uhr immer mehr DemonstrantInnen auf dem Marienplatz. Die Stimmung war trotz der massiven Präsenz von 3700 hochgerüsteten PolizistInnen aus ganz Deutschland kämpferisch.

Schon früh formierte sich der internationalistische Block. Das neue bayrische Versammlungsgesetz schien hier niemand wirklich ernst zu nehmen. Schließlich ging es gestern auch darum, zu zeigen, dass dieses Gesetz nicht hingenommen werden wird.
In den Reden auf der Auftaktkundgebung, vielen Flyern und Parolen wurde immer wieder auf die anstehenden Proteste gegen den NATO-Gipfel im April 2009 bezug genommen. Das Motto war deutlich: "Von München nach Strasbourg".

Die Demo bewegte sich in einem großen Bogen um den Bayrischen Hof, wo die Siko tagte. Unzählige Gruppen, verschiedene Blöcke (der Jugend-Block, der Bündnis-Block, der Internationalistische Block, um nur drei zu nennen), Walkacts, die Clowns-Army, Trommel-Gruppen, Lautsprecherwägen, Parolen, ein Meer von Fahnen und Transparenten machten deutlich: Wir wollen keine NATO! Wir wollen keinen Krieg! Wir wollen dieses System nicht!

Die Spektrum der Demo war wie bei allen großen Bündnisdemos entsprechend breit: Pazifistische, kirchliche, antimilitaristische, anarchistische, kommunistische, gewerkschaftliche, autonome und bürgerliche Gruppen aus ganz Deutschland gaben ihr Stelldichein.

"Lieber Pirat als Soldat"
Viele der meist jugendlichen Demonstranten hatten Transparente mit. "NATO Mordallianz", "Kampf dem Kapital" oder "Lieber Pirat als Soldat" war unter anderem darauf zu lesen. Einige hatten eine große Rakete aus Pappe gebastelt, auf der "NATO-Abwrackprämie" stand. Bei der Auftaktveranstaltung hatten die Konferenzgegner eine symbolische "Abrüstungsbörse" aus Kartons eingerichtet. "Im Bayerischen Hof hocken die Rüstungsmanager", rief ein Redner unter dem Jubel der Zuhörer, "aber um die Abrüstung müssen wir uns selber kümmern."

Der internationalistische Block zeigte sich geschlossen und kämpferisch: Zum großen Teil wurde in Ketten gegangen, viele waren vermummt und auf Polizeiübergriffe wurde nicht panisch sondern geschlossen reagiert. Trotz Verbot von Seitentransparenten gab es diese im vorderen Breich des Blocks.

Die Polizei war mit Hundertschaften aus dem ganzen Bundesgebiet vertreten. Das Auftreten von vielen war von Unfreundlichkeit, Ruppigkeit und Arroganz geprägt. Immer wieder konnten Szenen wie diese beobachtet werden: Ein Teilnehmer der Demo geht auf dem Gehweg. Ohne Vorwarnung oder entsprechende Ansage stößt ihn ein Polizist mit Wucht in die Demo rein. Der Gestoßene fragt nach was das soll. Die Antwort: Erneutes, noch heftigeres Stoßen. Ein anderer Demoteilnehmer mischt sich ein. Ein anderer Polizist zu ihm: " Schnauze, sonst holen wir dich raus!"

Die gesamte Demo wurde von Anfang bis Ende flächendeckend abgefilmt. Gedeckt durch das neue Versammlungsgesetz konnten die Kamerateams der Polizei nun legal tun, was schon seit Jahren in ganz Deutschland Normalzustand ist. Auffällig waren Kameraleute der Polizei mit richtiggehenden Fernsehkameres auf den Schultern, die imer wieder von erhöhten Plätzen (Balkonen, Baugerüsten) aus filmten. Auch waren verschiedene Kamerawagen im Einsatz.

Der internationalistische Block wurde mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht: Zeitweise musste sich dieser in einem fünfreihigen Polizeispalier bewegen und immer wieder Übergriffe inklusive Pfeffersprayeinsätze der Polizei abwehren. Im Block waren immer wieder Zivilbeamte zu beobachten.

Gegen 17 Uhr 30 kam die Demo auf dem Odeonsplatz an, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Der Vertreters des Anti-NATO-Bündnisses Resistance des deux rives lud in seinem Redebeitrag alle noch Anwesenden im April nach Strasbourg, Kehl und Baden-Baden ein, um dort gegen den Jubiläumsgipfel der NATO zu protestieren. Auch auf dem Odeonsplatz: Eine unglaubliche Polizeiarmada. Der Zugang zum Platz wurde durch Absperrgitter kontrolliert. Und als bayrisches Schmankerl: Zusätzliche Sicherheit bescherte uns ein (oder mehrere?) Scharfschütze auf dem Dach des Hofgartens. Ein Aktivist aus Bayern meinte dazu nur:"Das ist normal hier in München." Na dann…

Die Demo kann als Erfolg gewertet werden: Zum einen konnten wir bis zum Ende demonstrieren, bewusste Verstöße gegen das neue Versammlungsgesetz konnten durchgesetzt werden und zum anderen war ein großer Sog in Richtung NATO-Gipfel vorhanden.

Hagen Pfaff vom Aktionsbündnis kritisierte den Polizeieinsatz als "unverhältnismäßig". Er zeigte sich zufrieden, dass trotz der neuen Töne auf der Sicherheitskonferenz so viele Demonstranten erschienen seien. Bereits am Freitagabend hatten 150 Menschen friedlich gegen die Konferenz demonstriert. Dass die Wahl des neuen US-Präsidenten die Kritiker besänftigt habe, wies der Sprecher zurück. "Die US-Administration war nie unser primäres Feindbild, sondern die NATO und der Bundeswehr-Militarismus an sich." Zudem habe Barack Obama angekündigt, die Militärpräsenz in Afghanistan zu verstärken. "Insofern gibt es da eine Kontinuität", sagte Pfaff.

In diesem Sinne:
Von München nach Strasbourg!
NATO-Gipfel verhindern!

Bayerisches Versammlungsgesetz gekippt

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat das umstrittene neue bayrische Versammlungsrecht zu großen Teilen außer Kraft gesetzt. Die Verschärfung des Versammlungsrechtes hatte die CDU in vergangenen Sommer 2008 durchgedrückt und sich mit ihm öffentlich in Szene gesetzt.
Die Richter_innen äußerten nun hingegen schwere Bedenken gegenüber dem Regelwerk und erteilten damit der Staatsregierung eine Ohrfeige.

Wir haben in der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 2009 das Rüstungsunternehmen Northrop Grumman in der Woltmanstr. 19 in Hamburg und Marine Logistics (MARLOG) in der Werltstr. 179 in Kiel mit Steinen und Farbe verschönert.

Mit dieser Aktion wenden wir uns gegen das Zusammentreffen internationaler Politiker_innen der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten, Rüstungsindustrielle wie Northrop Grumman und MARLOG, und Militärs, die sich Anfang Februar 2009 auf der 45. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik treffen. Sie möchten sich dort versammeln, um die zivil-militärische Zusammenarbeit zu verstärken. Dies bedeutet für Millionen Menschen Krieg und Unterdrückung.
Zusätzlich sehen wir diese Aktion als einen Beitrag zum Auftakt gegen den 60. Jahrestag der NATO in Baden Baden und Strasbourg Anfang April 2009.

Gegen die kapitalistische Globalisierung und weltweite Kriegspolitik der NATO-Staaten, die zu einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft nach innen wie außen führt!

Action group against militarism and capitalism

In der Nacht vom 21. auf den 22. Dezember haben wir das Kreiswehrersatzamt in München mit roter Farbe angegriffen. Damit wenden wir uns gegen die mörderischen Kriege der deutschen Regierung und der anderen NATO Staaten in Afghanistan und anderswo.
Den Versuch der Bundeswehr gesellschaftlich größeren Einfluss zu gewinnen, gilt es offensiv zurückzudrängen: bei öffentlichen Auftritten, in Arbeitsämtern und bei alltäglichen Begegnungen mit uniformierten Soldaten.

Wir fordern: Bundeswehr ABSCHAFFEN!

Heraus gegen die SIKO am 6. und 7. Februar in München!
Beteiligt Euch an den Protesten gegen das NATO-Treffen anlässlich ihres 60. Geburtstages am 3. und 4. April in Strasbourg!

Autonome Antimilitaristische Initiative

Kriegsdenkmäler verschönert

Am Fr. 20.02.09 ist eine Miltär Musik Schau in der Lokhalle in Göttingen geplant.
Aus diesem Anlass wurden in der Nacht vom 17. auf den 18.2. zwei Kriegsdenkmäler themenbezogen verschönert!

Paketstation der Wuppertaler Post eingefärbt

"In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar haben wir die Paketstation der Wuppertaler Hauptpost rot eingefärbt, sowie die Parole "Kriegslogistiker DHL stoppen!"angebracht. Damit wollen wir abermals, wie schon im Januar mit den olivgrünen Briefkästen, auf das militaristische Engagement der DHL aufmerksam machen.

Nach Aktionen in Berlin und München gab DHL ein Schreiben an ihre Mitarbeiter/innen raus, in dem sie darauf hin weisen, dass wegen der Zusammenarbeit der DHL mit der Bundeswehr vermehrt Aktionen dagegen stattfinden könnten. Die Parole dieser Nacht an der Wuppertaler Hauptpost wurde bereits am Morgen wieder übermalt. DHL scheint also in der Öffentlichkeit nicht zu ihrem kriegerischen Engagement stehen zu wollen.

Die DHL, die im 100%igen Eigentum der Deutschen Post World Net steht, transportiert bereits seit 2002 Post für die Bundeswehr. Gerade bewirbt sich die DHL für den größten Auftrag der deutschen Transportgeschichte, da die Bundeswehr große Teile ihrer Basislogistik an ein ziviles Unternehmen abtreten will. Konkret geht es um die Lagerung von Bundeswehrmaterial und den Transport von Kriegsgerät, Soldaten, Munition und Treibstoffen.
DHL raus aus dem "Kriegsgeschäft"!
60 Jahr Feier der NATO in Strasbourg/Baden-Baden verhindern!

Antimilitaristische Paketzusteller_innen
- Kampagne Comprehensive Resistance -

Mehrere Gebäude mit Farbe beschmiert
Potsdam 01.02.09

Unbekannte haben in der Nacht zu Sonntag mehrere Gebäude in Potsdam großflächig mit Farbe beschmiert. Unter anderen seien das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr und die Fachhochschule Potsdam mit bis zu sieben Metern großen roten und schwarzen Schriftzügen besprüht worden, teilte ein Polizeisprecher am Sonntag mit. Die Schmierereien hätten einen Bezug zu Bundeswehr und NATO sowie zu städtischen Themen wie dem Bau des Stadtschlosses.

Am Gebäude der Bundeswehr wurde unter anderem der Spruch "Soldaten sind Mörder" an die Fassade gesprüht, an der Fachhochschule "Preußen Militarismus". Die fast identischen Schriftzüge in rot-schwarzer Farbe deuten laut Polizei auf dieselben Täter, offenbar aus der linken Szene, hin.

In der nacht vom 11.1 auf den 12.1. haben wir ein fahrzeug der bahn in der marktstraße/hamburg in brand gesetzt. Damit wollen wir unsere solidarität mit den tarnac9 in frankreich zum ausdruck bringen.

Die dortigen aktivist_innen werden beschuldigt hakenkrallenaktionen gegen das bahnnetz gemacht zu haben.
Die deutsche und französische bahn machen die castor transporte erst möglich und sind damit ziel von militanten aktionen. Diese werden weiter gehen, unabhängig ob die castoren gerade rollen oder nicht!

Solidarität mit den tarnac9!
Kapitalismus abschaffen!

Autonome Gruppe

Handgranaten Anschlag auf linkes Projekt in Athen

Am 24.02 wurde ein Handgranatenanschlag beim Netzwerk der Solidarität für Flüchtlinge und Migrantinnen im Athener Stadtteil Exarchia verübt. Gegen 22.05 Uhr explodierte vor dem Steki Metanaston ("Kneipe der Migranten") in der Tsamandou-Str. der Sprengkörper. Das Steki liegt im Hochparterre. In dem Gebäude befinden sich auch die Büros des Netzwerks für Polit. und Soziale Rechte. Im Steki tagen verschiedene Gruppen der Radikalen Linken sowie Verbände der Schwulen und Lesben Athens. Gestern Abend fand dort eine Diskussion der Gruppe der Kriegsdienstverweigerer statt. Gleichzeitig tagte der Koordinationsausschuss des Netzwerks.

Um 22.05 Uhr hörten wir von der Straße her den Knall einer starken Explosion. Nachdem wir zunächst annahmen, daß jemand eine Gasbrenner-Explosion ausgelöst habe (wie sie häufig in Athen vorkommen), mußten wir auf der Straße feststellen, daß es keine Überreste eines solchen Brenners gab. Vielmehr fanden sich Reste einer Handgranate ("Verteidigungs-Handgranate").

Teilnehmer der Diskussion der Kriegsdienstverweigerer, die sich in dem zur Straße gelegenen Hauptraum des Steki befanden, hatten einen Schlag gegen eine Scheibe gehört. Unmittelbar danach ereignete sich die Explosion. Wir stellten fest, daß die betreffende Scheibe zerbrochen war. Jedoch verhinderte offenbar die Plastikfolie, die von innen gegen die Scheibe geklebt war, daß die Handgranate in das Steki flog. Stattdessen prallte sie von der Folie ab, fiel auf das Vordach des Souterrains und von dort in das mit Beton eingefriedete Beet, in dem sich ein Baum befindet. Direkt neben dem Baum explodierte die Handgranate, wobei sie einen Krater hinterließ.

Die Explosion war so stark, daß verschiedene Scheiben im Gebäude des Steki, alle Scheiben der genau gegenüber liegenden Kneipe "Athinaion" sowie die Scheiben des Eingangs des schräg gegenüberliegenden Mehrfamilienhauses brachen. In einigen Scheiben des Athinaions fanden sich kleine Einschlagslöcher, wie sie typisch für die Splitter von Handgranaten sind.

Wir sind alle erschüttert über den Vorfall. Hätte die Plastikfolie nicht gehalten, wäre die Handgranate ins Steki geflogen und wir hätten jetzt möglicherweise Tote, sicher aber Verletzte zu beklagen. Es gibt bislang keine Hinweise auf mögliche Täter. Das Wahrscheinlichste ist ein Angriff von Faschisten, der sich gegen das Steki Metanaston richtete.

Am 26.02.09 gab es eine Versammlung bezüglich des am 24. Februar verübten Handgranaten Anschlages auf das"Netzwerk der Solidarität für Flüchtlinge und Migrantinnen" .Gegen 18.30 hatten sich mehrere hundert Menschen am Exarchia square versammelt um nach einigen kurzen Redebeiträgen gemeinsam einen Demo-Zug durch die Athener Innenstadt zu veranstalten. Auch Anhänger der Linkspartei SIRISA waren vertreten und bildeten die Demospitze. Mit antifaschistischen Sprüchen und einigen Sprühereien ging es polizeifrei(!) in Richtung Syntagma Platz, wo dann allerdings ein Großaufgebot wartete. Bei der Rückkehr des Protestzuges nach Exarchia, wurden eine recht hohe Anzahl von Autos der Luxusklasse beschädigt. Die Polizei setzte daraufhin Tränengasgranaten ein. Die Demonstrannt_innen bauten daraufhin Barikaden und setzten Müllkontainer als auch einige Autos in Brand. Mit Steinwürfen und Molotovs wurde eine Polizeieinheit, die permanent in Exarchia stationiert ist attackiert. Die lokale Presse behandelt das Attentat am 24. so gut wie gar nicht, was noch viel mehr Ärger hervorruft.

Veranstaltung

Die Revolte in Griechenland und der Stand der Bewegung

Auf der Veranstaltung sind Aktivist*innen verschiedener Gruppen des anarchistischen Spektrums aus Thessaloniki und Athen.
Sie haben sich an den militanten Protesten nach dem Mord an Alexis beteiligt, in diesem Rahmen verschiedene Orte und Universitäten besetzt und berichten über die Ereignisse und die aktuelle Situation der politischen Interventionen, neue Besetzungen, Aktionen und inhaltliche Debatten.

Dazu zählt die Situation der Gefangenen und die aktuelle Repression, die Bildungsmisere, die kapitalistische Krise und die Prekarität, der Angriff auf die Migrantin und Gewerkschafterin Konstantina Kouneva, die Situation von Migrant*innen im staatlichen Rassismus, das Verhältnis zu den Medien und Analysen zur Revolte aus anarchistischer Perspektive.

Im Rahmen der Veranstaltung wird eine Plakat - und Fotoausstellung gezeigt und eine Broschüre zu den griechischen Riots und deren Hintergründen vorgestellt. Im Anschluss findet eine Diskussion mit den Beteiligten statt.
Die Beiträge werden ins deutsche und Fragen ins griechische übersetzt.

Mo. 23.03.2009
20 Uhr Rote Flora

Säureanschlag auf Konstantina Kouneva

In der Nacht des 23. Dezember wurde in Athen ein Mordanschlag auf die bulgarische Gewerkschafterin, Konstantina Kouneva mittels Säure verübt. Konstantina ist eine von vielen Hunderten MigrantInnen und ArbeiterInnen, die seit Jahren als Reinigungskraefte über Subunternehmen fuer die ISAP (Athener, öffentliche Verkehrsbetriebe) beschäftigt sind. Sie arbeitete als Reinigungskraft und hat sich bei der Pan-Athenischen Gewerkschaft engagiert.

Vor dem Mordanschlag bekam Konstantina und andere GewerkschafterInnen Drohanrufe. Nachdem sie sich von den Drohungen nicht hat einschüchtern lassen, kam es am 23. Dezember zu dem Anschlag, bei dem die Täter Konstantina mit Schwefelsäure angriffen. Sie übergossen sie mit der Säure im Bereich des Kopfes und zwangen sie zusätzlich, die Säure zu trinken. Nachbarn entdeckten die schwerverletzte Frau, die Täter flüchteten unerkannt. Die Polizei gibt an, binslang noch keine Erkenntnisse zum Tathergang zu haben.Seit dem Anschlag liegt Konstantina auf der Intensivstation des Athener Krankenhauses. Ein Auge ist blind, sie hat schwere Verätzungen und innere Organe sind geschädigt.

Erklärung der PEKOP (Syndikat der Reinigungskräfte und Haushaltshilfen Athen)

42 Tage sind seit dem Mordanschlag auf Konstantina Kouneva vergangen, doch die Unmenschen, die über sie hergefallen sind, laufen noch immer frei herum.Vielleicht um ein neues Opfer auszuspähen und anzugreifen.

42 Tage nach dem Mordanschlag auf Konstantina Kouneva haben weder der Justizminister noch der Minister für Innere Sicherheit, die Polizeiführung oder andere staatliche Stellen auch nur eine Erklärung zum Verlauf der Ermittlungen abgegeben - wenn wir einmal davon ausgehen, dass Ermittlungen zur Ergreifung der Täter stattfinden.

Aber wer ist schon Konstantina Kouneva? Eine einfache Putzfrau ist sie. Wäre einer/einem dieser "ehrenwerten Damen und Herren" etwas Vergleichbares geschehen, es wäre die Topmeldung auf allen Kanälen. Dann gäben sie Interviews im Halbstundentakt.

Doch wir fragen euch, ihr Herren Minister, ihr Damen und Herren Parlamentarier, wer hat Konstantina zum Krüppel gemacht? Wer hat die Schriftführerin unseres Syndikats angegriffen? Und ihr Medienfürsten, warum vernehmen wir keine gründlichen Nachfragen auf euren Kanälen? (…)

42 Tage nachdem Konstantina zum Krüppel gemacht wurde, machen die Arbeitgeber-Sklavenhändler weiter, mit ihrem gottgefälligen Werk, als sei nichts geschehen. Noch immer ausgestattet mit ihrer Immunität und geschützt von einem allumfassenden gesetzlichen Waffenarsenal bieten sie ihre Dienste an. Die Arbeitsministerin hat nichts unternommen um sie aus den Ministerien, den Krankenhäusern und den anderen Unternehmen des Öffentlichen Dienstes zu entfernen. (…) Und trotz ihres Versprechens eines "allumfassenden Beistands" für Konstantina werden noch immer alle Ausgaben für Medikamente und Pflegerinnnen von der Familie und der Solidaritätsbewegung bezahlt.

42 Tage nach dem Mordanschlag unternimmt die Führung der GSEE (Gewerkschaftsdachverband - vergleichbar mit dem DGB) nichts zur Abschaffung der arbeitnehmerfeindlichen Gesetze, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Verleihen von Menschen ermöglicht!

Und um ihre große Verantwortung zu vertuschen, versucht sie, zuweilen verdeckt und manchmal offen, unseren Kampf zu untergraben und das Syndikat der Reinigungskräfte zu verleumden. (…) Wie vor kurzem, als sie gegen die Solidaritätsdemonstration für Konstantina Kouneva mobilisierte.

Genauso wie sich die GSEE bis heute weigert, sich von der von OIKOMET (Reinigungsunternehmen bei dem Konstantina arbeitete. Inhaber ist das bekannte PASOK-Mitglied und Sportfunktionär Nikítas Oikonomákis) gegründeten Gelben Gewerkschaft zu distanzieren.

Wir stellen hiermit noch einmal in alle Richtungen klar: Wir sind ein lebendiger Teil der ArbeiterInnenbewegung und lassen uns weder dies noch unsere Autonomie von irgendwem streitig machen. Wir werden es niemandem erlauben in unserem Namen und für uns zu sprechen. (…)

Die GSEE ist weder Besitztum irgendwelcher Personen noch irgendeiner Mehrheit sondern gehört der gesamten Arbeiterbewegung. Den Versuchen sich hinter dem Deckmantel der Disziplin gegenüber "höheren Gewerkschaftsorganen" zu verstekken, setzen wir unsere Verbundenheit mit den Werten der Arbeiterbewegung entgegen.

Es bleiben folgende Fragen:

· Werden die Führungen der GSEE und anderer Gewerkschaftsverbände - wenn auch erst jetzt - eine tragende Rolle beim Beginn eines umfassenden Kampfes gegen die Sklavenhändler der Leiharbeitsfirmen und der Bekämpfung der ganzen arbeitnehmerfeindlichen Gesetzgebung übernehmen?

· Wird die GSEE mit gutem Beispiel vorangehen und dem Sklavenhändler kündigen, von dem sie ihre Büros reinigen lässt oder hält sie diesen für genauso nötig und nützlich wie die über 50 Arbeitenden, die sie in Arbeitsmaßnahmen unversichert für sich schuften lässt?

Kolleginnen und Kollegen, Migrantinnen und Griechen, wir rufen euch auf unser Syndikat zu verstärken um gemeinsam für unsere gerechten Forderungen zu kämpfen. Beugt euch nicht den Drohungen und der Willkür der Arbeitgeber. Sie sind nur wenige - wir sind Tausende.
Der Kampf Konstantinas darf nicht umsonst gewesen sein. Wir werden nicht eher ruhen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.

Dank an alle Arbeitenden, Initiativen, Gruppen, Organisierten und Unorganisierten in Griechenland und der ganzen Welt, die zu der riesigen Welle der Solidarität für Konstantina beigetragen haben!

Wir fordern:

· Die Aufdeckung und Bestrafung der Täter und der Auftraggeber des Mordanschlags auf Konstantina Kouneva.

· Arbeitgeber-Sklavenhändler raus aus allen öffentlichen und privaten Unternehmen.

· Abschaffung der Leiharbeit, Abschaffung unversicherter Arbeit.

· Änderung aller Gesetze, die solche Arbeitsverhältnisse ermöglichen.

Gemeinsam werden wir es schaffen!

PEKOP
Syndikat der Reinigungskräfte und Haushaltshilfen Athen
03. Februar 2009

Redebeitrag zum Protest gegen den "12. Europäischen Polizeikongress"

Zu Frontex und dem no border camp auf Lesbos im August 2009

Auf dem Europäischen Polizeikongress 2009 hier in Berlin wird auch Frontex mit dem Exekutivdirektor Ilkka Laitinen, einem Brigadegeneral aus Finnland, vertreten sein. Frontex, ein martialischer Name für eine komplizierte Aufgabe: Die Europäische Agentur für die Koordination der operativen Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union ist der wichtigste Akteur im Prozess der Schaffung eines europäisierten Grenzschutzes, und damit natürlich ein wichtiger Teil des europäischen Grenzregimes.

Frontex ist in den verschiedensten Bereichen der Grenzsicherung aktiv. Ein relativ wichtiger Bestandteil der Arbeit von Frontex ist die Erforschung von Migrationsrouten, immer mit dem Ziel einer effektiven Zerschlagung dieser. Operativ wird Frontex zur Zeit vor allem an den südlichen Seegrenzen der Europäischen Union aktiv. Denn die südlichen Meere sind zur Zeit Transitzone für viele, wenn auch lange nicht alle MigrantInnen, die nach Europa kommmen wollen, geworden.

So ist die sicherlich bekannteste Frontexmission mit dem schönen griechischen Namen Hera seit über einem Jahr damit beschäftigt, die Migrationsroute von Westafrika auf die Kanarischen Inseln zu stören. Dabei wird keineswegs eine für die Migration undurchlässige Seeblockade der Kanarischen Inseln geschaffen, vielmehr unterbinden die Schiffe, Flugzeuge und Hubschrauber der Frontexmission schon das Ablegen der kleinen Cayucos an der senegalesischen, mauretanischen und kapverdischen Küste, also mindestens 2000 Kilometer südlich des Territoriums der europäischen Union.

Weiter ist Frontex an der Migrationsroute von Libyen nach Malta, Lampedusa und italienischen Festland im Einsatz. Frontex versucht sich dort an einer ähnlichen Mission, die den Namen Nautilus trägt. Auch hier ist die Vorverlagerung der Kontrollzone in libysches Hoheitsgewässer erklärtes Ziel, auch wenn dies derzeit noch an der mangelnden Kooperation Libyens scheitert.

Für die griechisch-türkische Grenzzone, das Schwarze Meer und die Ostsee sind ähnliche Vorhaben fester Plan des Frontexprogramms. Ebenso sind verstärkte Kontrollen an internationalen Flughäfen und Häfen und an den Landgrenzen vorgesehen. Frontex organisiert Massenabschiebungen, wie etwa zuletzt im November von Wien aus, wo ein für eine halbe Million gecharterter Airbus 70 MigrantInnen, von 140 Polizisten bewacht, in verschiedene westafrikanische Hauptstädte brachte.

Frontex beteiligt sich zudem an der Forschung zur Technologisierung und Biometrisierung der europäischen Grenze und schlägt daher vor, die Grenzkontrolle komplett und für alle Ein- und Ausreisenden durch Biometrie vorzunehmen und die Grenze durch ein enges Netz von Satelliten, Drohnen, Radarstationen und mobilen Überwachungsposten in Echtzeit zu überwachen. Nach den Vorstellungen von Frontex soll diese Überwachung schon dort greifen, wo Migration ihren Ausgangspunkt nimmt. Für die EU selber ist wiederum ein vollbiometrisches Visaregister vorgesehen, was das Aufspüren undokumentierter MigrantInnen erleichtern soll.

Anhand dieser Tätigkeitsfelder, die traditionell nicht mit der Praxis eines Grenzschutzes assoziiert sind, zeigt sich, dass Frontex nicht nur einen Anspruch hat, Migration weit abseits der Europäischen Union zu kontrollieren und zu behindern, sondern dass auch das Innere der EU von Frontex zur Zone mit Kontrollbedarf gezählt wird.

Passend dazu hat die Pressestelle von Frontex gerade wieder ein paar Zahlen lanciert, ohne Zweifel um dem Auftritt des Exekutivdirektors auf dem Europäischen Polizeikongress die nötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Demnach seien im letzten Jahr 200.000 irreguläre MigrantInnen an der Grenze der EU aufgegriffen worden, es befänden sich allerdings eine halbe Million undokumentierter MigrantInnen innerhalb der EU.

Abgesehen davon, dass selbst die EU-Kommission mit wesentlich höheren Zahlen argumentiert, zeigt sich an diesem kurzen Statement, wie auch Frontex Teil der Strategie ist, Innen und Außen zu vermischen, wie es auch aus der Debatte um Militäreinsätze im Inneren, Polizeieinsätze im Äußeren und den schon älteren Schengendiskurs kennen, der zu Grenzzonen innerhalb der gesamten EU geführt hat. Perfiderweise ist bei Frontex genau die Grenze Mittel dieser Strategie. Denn die Grenze markiert nun nicht mehr die vermeintlich sichere Trennung von Innen und Außen, sondern die Funktion der Grenze, das abgestufte Differenzieren zwischen Menschen mit unterschiedlichen Rechtsstatus wird verallgemeinert und auf die EU als Ganzes, aber auch an die angrenzenden Staaten ausgeweitet.

Hier muss eine Kritik am europäischen Grenzregime angreifen. Sicherlich ist die Kritik von Menschenrechtsgruppen an der eigentlichen Praxis des europäisierten Grenzschutzes, wie er von Frontex symbolisiert und praktiziert wird, wichtig. Das Abdrängen und Rückschieben von Flüchtlingen und MigrantInnen, die Missachtung von grundlegenden Asyl- und Menschenrechten muss weiter skandalisiert werden, allein schon um die EU mit ihrem Anspruch, die Menschenrechte weltweit zu fördern, vorzuführen.

Dennoch verharrt eine solche Kritik lediglich in der Affirmation eines nationalstaatlichen Freiheits- und Rechtsverständnis. Angesichts der Realität der Europäisierung müssen wir jedoch weiterfragen: Was sind die Annahmen und Konzeptionen, die der Konstitution der Europäischen Union zu Grunde liegen. Dies bringt Fragen nach einer europäischen Bürgerschaft mit sich, oder konkreter: "Wer darf in Europa leben, und wer ist Teil von Europa?"

Eine Kritik an Frontex darf sich daher nicht in einer Kritik am Geschehen an den Grenzen, also an der vermeintlichen Peripherie Europas erschöpfen. Vielmehr muss die europäische Konzeption der Grenze und die Praxis eines europäisierten Grenzschutzes ins Zentrum der Kritik des aktuellen Prozesses der Europäisierung gerückt werden. Damit wird klar, wie Frontex und das Grenzregime Teil der Konstitution Europas ist, die uns alle betrifft: Denn ein Europa, welches sich nicht als sozial und ohne Verständnis für globale Ausbeutungsverhältnisse ausrichtet, ein Europa, welches ausschließt und nicht einschließt, ist ein Europa, zu dem wir in Opposition stehen müssen. In diesem Sinne rufen wir dazu auf, diese Kritik aktionistisch ins Zentrum zu rücken und vom 22. bis zum 29. August 2009 am "no border camp" auf der griechischen Insel Lesvos teilzunehmen. Dort, wo das vermeintliche Innen und Außen der EU nur durch wenige Kilometer getrennt ist und die Grenze eine turbulente Transitzone ist, in der nicht nur Frontex, sondern verschiedensten Akteure mit durchaus konfliktierenden Absichten unterwegs sind, wollen wir direkt intervenieren und damit die Frage nach einem Europa für alle praktisch beantworten.

Kommt "no border camp" vom 22. zum 29. August in Griechenland. Weitere Informationen werden wird bald veröffentlichen.

Griechische Verhältnisse für Europa!

Anquatschversuch im Kreis Pinneberg

Da geht der Mensch zur Schule, freut sich nach zwei Stunden Unterricht auf eine kleine Pause und schon bimmelt das kleine schwarze Ding in der Tasche ...

Rangegangen und es meldet sich ein Mann der sich als Mitarbeiter der "Inneren Behörde Hamburg" vorstellt und nachfragt, ob nicht Interesse an einem Gespräch und einer Tasse Kaffee bestehen würde. Er hat da schließlich ein paar Fragen bezüglich einer "Geschichte". Äußerst nett seine Ausdrucksweise und angenehm zu lauschen, simpel und stumpf sein Anliegen! Das Gespräch wurde nach einer Minute beendet.

Ein paar Tage ziehen vorüber und schwupps stehen zwei Männer an einer Bushaltestelle und versuchen einen jungen Menschen anzuquatschen, den sie für die oben genanten Person hielten.

Auf die Frage, ob er derjenige sei, mit dem telefoniert wurde, kam die Antwort: Nö und wer seid ihr überhaupt? Gegenfrage ohne Antwort kam prompt: Weißt du wo wir ihn finden können? Antwort: Nö und nun lass mich in Ruhe l

Daraufhin zog der junge Mensch ab und sah noch im Augenwinkel, wie die beiden Männer in einen schwarzen BMW einstigen.

Wir sagen: "Anna und Arthur halten's Maul!"





und ewig grüsst der verfassungsschutz ....

immer neue anquatschversuche des vs in hamburg

im lauf der letzten wochen ist es wieder zu mehreren anquatschversuchen von menschen aus linken zusammenhängen durch verfassungsschützer gekommen. drei solcher vorfälle sind uns direkt mitgeteilt worden, von zweien wissen wir nur aus "dritter" hand. wir wollen jetzt nicht zum wiederholten mal den genauen ablauf dieser versuche schildern, sondern immer wieder daran erinnern, das ein eindeutiges NEIN die einzige und beste reaktion auf gesprächsversuche der geheimdienstler sein kann.
im juli war einer der auch jetzt betroffenen von vslern angequatscht worden und liess sich damals in ein gespräch verwikkeln, bevor das NEIN endlich wirkung zeigte. der erneute versuch jetzt zeigt deutlich, dass der vs in der auswertung aufgrund des "gesprächs" zu dem ergebnis gekommen ist, dass ein zweiter versuch erfolgsversprechend sein könnte, der betroffenen hat dieses mal jedes gespräch verweigert, so das sich die vsler erfolglos verpisssen mussten.
lasst euch von der scheinbaren häufung der anquatschversuche und der immer wiederkehrenden thematisierung von vs-aktivitäten nicht verunsichern. angst, paranoia oder schuldzuweisungen sind (genau wie bei jeder anderen art von repression) genau das, was sie beabsichtigen. jede_r, egal ob alt oder jung, erfahren in linker politik oder neu in strukturen, kann aus irgendeinem grund in das raster des vs fallen und so zum objekt eines anquatschversuchs werden. Thematisiert in euren strukturen, wie ihr ihnen in die suppe spucken könnt, wie wir allen ihnen die suppe kollektiv versalzen können.

noch mal was tun

ein deutliches und wiederholtes NEIN ist die einzige antwort
merk dir den namen (dienstausweis) und andere daten wie autokennzeichen, übergebene telefonnummern etc
schreib zeitnah ein gedächtnisprotokoll mit allen details, die dir einfallen; gibt es zeug_innen, die ein protokoll schreiben können?
sprich mit menschen deines vertrauens (nicht übers telefon oder email), melde dich bei der antirepresssionsgruppe deines vertrauens. falls du in einem ermittlungsverfahren steckst, sprich dringend mit deine_r/m anwält_in über die situation
es ist wichtig, für öffentlichkeit zu sorgen, damit zumindest ein wenig eingeschätzt werden kann, was der vs gerade treibt und beabsichtigt. wir haben schon öfter darauf hingewiesen, das wir davon ausgehen, dass es bedeutend mehr solcher versuche des geheimdienstes gibt, die nicht öffentlich werden. meldet euch bitte bei den antirepressionsgruppen, wenn ihr betroffenen seid, auch wenn ihr euch möglicherweise auf ein gespräch mit dem vs eingelassen haben solltet. fehler sind dazu da, um daraus zu lernen und anderen die erfahrung zu vermitteln.

der verfassungsschutz ist als geheimdienst teil des repressionsapparates, der mit allen möglichen mitteln versucht, widerstand und emanzipative bewegungen oder mobilisierungen zu zerschlagen. anquatschversuche sind ein teil ihrer strategie linke politik anzugreifen. lasst sie ins leere laufen!
ansonsten wünschen wir den vslern viel zeit im schneeregen und ne ordentliche grippe an den hals.
und ab und zu sollten sie sich mal umdrehen ...

der ermittlungsausschuss hamburg ist erreichbar über ein fach im schwarzmarkt oder montags 18.15-20 uhr unter 0404 432 78 778. Rote hilfe hamburg neuerdings im centro sociale, dienstags ab 19.30 uhr.

antirepressionsgruppe hamburg
Januar 2009

Polizeiübergriff auf Hausprojekt in Flensburg

Am 28.12.08 hat die Flensburger Polizei eine Party in dem linken Hausprojekt Senffabrik brutal aufgelöst und dabei 5 Menschen festgenommen. Nun wird gegen diese 5 u.a. wegen "Widerstand" ermittelt. Auslöser für diesen Angriff war angeblich eine "Ruhestörung" - von Seiten der Betroffenen wird diese Polizeiaktion allerdings als bewusster politischer Übergriff der Flensburger Polizei verstanden.

was.war.los.

Am 28.12. fand im so genannten "Mittelhaus" (das kleinere Gebäude, welches zum Wohnprojekt Senffabrik gehört) eine Party statt. Gegen 3:00 kam die Polizei mit zu nächst 2 Polizisten - um sich über erhöhte Lautstärke zu beschweren. Diese wurde daraufhin auch drastisch (z.B. durch schließen der Fenster) reduziert. Umso merkwürdiger also, was ca. 45 Minuten später passierte: die Polizei stand wieder vor der Tür. Diesmal allerdings mit 7-8 Polizist_innen. Ohne Ankündigung betraten einige Polizisten den Hausflur und versuchten in das Gebäude zu gelangen. Die zu dieser Zeit übrig gebliebenen Partygäste stellten sich den aggressiven Polizeimob in den Weg und forderte eine Erklärung und Rechtfertigung für dieses Eindringen in die Privaträume.

Als ihnen weiterhin der Zutritt verweigert wurde drehten die Polizisten durch und zogen direkt zwei Menschen aus den Hausflur in das Gebüsch gegenüber, dort wurden diese verprügelt und "fixiert". Gegen die restlichen Gäste wurde daraufhin massiv Pfeffergel geschossen. Ausserdem gab's Tritte und Schläge für alle die noch im Weg standen - dabei wurden mehrere Personen leicht verletzt. Die beiden Festgenommenen wurden daraufhin an die Straße in die Polizeiautos verfrachtet. Zwei Mensch, die nach schauen wollten was mit den Beiden nun passiert, wurden direkt an der Straße - sehr brutal- festgenommen. Und da die nun vollkommen freidrehende Polizei anscheinend damit noch nicht genug hatte, wurde schlussendlich noch eine Person, die sich auf der Wache nach den Gefangenen erkundigen wollte direkt auch noch inhaftiert. Auf der Wache wurden die Gefangenen zum teil schikaniert - es wurde z.B. mehrfach verweigert einen Anwalt zu informieren. Unterstützer_innen die sich am morgen (inzwischen wurde per Anwalt raus gefunden, dass die Polizei einen Haftrichter angefordert hatten) vor der Wache einfanden um auf die Gefangenen zu warten wurden sofort von 5 Polizist_innen umzingelt, bedroht, kontrolliert und schlussendlich mit einem Platzverweis versehen. Diesen Menschen sind nun Zeugenvorladungen zugekommen um wegen der Geschehnisse der Nacht aus zusagen - obwohl sie Stunden später an einem ganz anderen Ort lediglich willkürlich kontrolliert wurden. Die Gefangenen wurden am morgen direkt dem Kommissariat 5 (K5, politische Polizei) vorgeführt um sie zur ED Behandlung zu nötigen. Außerdem wurde vergeblich versucht die Gefangenen zu verhören.



was.geht.

Nun wird gegen diese Menschen unter anderem wegen Widerstand ermittelt. Ein abenteuerliches Konstrukt der Polizei, wenn mensch bedenkt, dass die Festnahmen mit solcher Brutalität und mit einer solchen Überzahl an Staatsbütteln von statten gingen. Allerdings hat die Polizei durch ihre Ermittlungen -sie haben zwei der angeblichen Zeugen an ihren Wohnorten (Berlin, Frankfurt) vor geladen um sie zu verhören- deutlich gemacht, dass sie einen Willen zur Verfolgungen und zum Prozess hat.

wieso.eigentlich.

Diese ganze Aktion werten wir als einen bewussten politischen Übergriff gegen ein politisch-unliebsames Projekt. Dafür spricht nicht zu letzt das Vorgehen der Polizei: einen Angriff mit 8 Beamten auf eine Party wegen angeblicher "Ruhestörung", ED-Behandlung der Betroffen, Ermittlungen durch das K5 (polit. Abteilung), sowie überregionale Ermittlungen wegen angeblichen "Widerstand". Dafür spricht des weiteren, dass die Polizei bei einigen vergangenen Aktionen in Flensburg ziemlich blöd aus der Wäsche geschaut hat und sich nun sicherlich mal an "den Linken" austoben wollte.

allgemein.

Wie bereits geschrieben halten wir den Vorwurf der Ruhestörung für einen Vorwand der Polizei um uns anzugreifen. Allerdings ist es uns auch wichtig darauf hinzuweisen, dass wir an einem offenen und direkten Umgang mit unseren Nachbar_innen interessiert sind. Wenn es also Probleme gibt, dann kann mensch uns auch direkt ansprechen - ein direktes Gespräch mit einer Nachbarin / einem Nachbarn nehmen wir wesentlich ernster als rumprollende Hampelmänner in dunkelblau. Schade, dass wohl einige Menschen inzwischen derart sozial isoliert sind, dass sie nicht mehr in der Lage scheinen, das direkte Gespräch zu suchen.

der.zusammenhang.

Ein solches Vorgehen ist kein Einzelfall. Immer wieder versucht die Polizei durch Übergriffe auf Partys oder durch Angriffe in anderen sozialen Bereichen politisch unliebsame Menschen zu Kriminalisieren und einzuschüchtern. Wir erinnern einmal an die Übergriffe in Bad Oldesloe, in Rendsburg oder in Husum.

Wir sind nicht überrascht über eine Polizei, die selbst die eigenen Gesetzte nicht achtet und vollkommen willkürlich, brutal und überzogen gegen soziale Gruppen vorgeht. Dies verstehen wir vielmehr als elementaren Bestandteil der Polizeiarbeit.

Angesichts eines massiv um sich greifenden Überwachungsstaates (Vorratsdatenspeicherung, Fingerabdrücke im Reisepass, ...), einer immer mächtiger werdenden Polizei (BKA Gesetz, ..) und brutaler Übergriffe durch die Polizei ohne Konsequenzen für die beteiligten Beamten ist es an der Zeit sich gegen Staat, Justiz und Polizei zu organisieren und zu wehren. Wir werden einen eventuellen Prozess nicht stillschweigend hinnehmen - wir werden ihn politisch, offensiv und öffentlich führen.

No Justice - No Peace!

Polizeieinsatz in Dresden am 14. Februar

(aus indymedia: http://de.indymedia.org/2009/02/242797.shtml, leicht gekürzt)

Dieser Artikel ist ein Versuch, den desaströsen Polizeieinsatz am 14. Februar in Dresden aus antifaschistischer Sicht auszuwerten. Im Superwahljahr 2009 lag das Hauptaugenmerk der Lokalpolitik auf der Kriminalisierung antifaschistischer Politik, während mehr als 6.000 Nazis aus dem In- und Ausland auf dem größten Aufmarsch seit Kriegsende ungestört durch die Dresdner Innenstadt ziehen durften.
Am 14. Februar gingen mehrere tausend Menschen auf drei Demonstrationen in Dresden auf die Straße. Sie protestierten damit gegen den mit 6.500 TeilnehmerInnen größten Naziaufmarsch in Europa seit der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands am 8. Mai 1945.
Eine von der Polizei durchgesetzte strikte räumliche Trennung war zuvor von Dresdner Ordnungsbehörden veranlasst und von den Gerichten bestätigt worden.

Mit einem Großteil der Einsatzkräfte kontrollierte die Polizei schon zu Beginn der Demonstration des antifaschistischen Bündnisses "¡No pasarán!" am Albertplatz vermeintliche DemonstrationsteilnehmerInnen und nahm bereits vor dem Start der eigentlichen Demonstration einige Personen in Gewahrsam.Grund für den verspäteten Beginn waren Übergriffe der Polizei in Berlin und das damit verbundene Warten auf die Berliner Antifas. Aus Platzgründen prügelte am Berliner Hauptbahnhof und am Südkreuz die Polizei mehrere dutzend Menschen aus dem überfüllten Regionalexpress. Auf dem Umsteigebahnhof in Elsterwerda-Biehla erwies sich die eingesetzte Regionalbahn nach Dresden als zu klein und so wurden zunächst nur die zum großen Teil aus Mecklenburg-Vorpommern angereisten Nazis in den Zug gelassen, erst danach durfte ein Teil der aus Berlin und Umgebung angereisten Antifas den Zug betreten. Die in Elsterwerda zurückgelassenen 200 Antifas wurden schließlich in den nächsten Zug gesetzt. In Dresden angekommen, wurde ihnen durch die Polizei das Aussteigen vor dem Hauptbahnhof verweigert. Das hatte zur Folge, dass sie mit der Regionalbahn weiter bis zum Hauptbahnhof fahren mussten, an dem sich zu diesem Zeitpunkt bereits mehrere tausend Nazis versammelt hatten. Dort angekommen, wurden sie von der Polizei mitten durch die wartenden Nazis zu einem der äußeren Bahnsteige geschafft. Währenddessen versuchten einige Nazis, diese Gruppe anzugreifen. Mit einer S-Bahn ging es schließlich wieder zurück zum Neustädter Bahnhof, um dort erst einmal unter fadenscheinigen Gründen nicht zur Demonstration gelasssen zu werden. Das fragwürdige Polizeikonzept an diesem Tag, antifaschistischen Protest notfalls mit Gewalt zu deligitimieren, wurde damit bereits Stunden vor dem eigentlichen Beginn der Demonstrationen sichtbar.

Am Hauptbahnhof kam es unter den Augen der sichtlich überforderten Polizei zu mindestens einem rassistischen Übergriff von Nazis und immer wieder zu Angriffen auf Journalisten. Um 13 Uhr setzte sich der Trauermarsch in Bewegung, dank der Entscheidungen der Dresdner Ordnungsbehörden auf prestigeträchtiger Route quer durch die Innenstadt. Trotz mehr als 6.000 zum Teil vermummter Nazis und etlicher offensichtlich Holocaust relativierender Transparente wurde der Demonstrationszug nur von sehr wenigen Polizeieinheiten begleitet. Die Möglichkeit, lautstark dagegen zu protestieren war angesichts frei herumlaufender Nazis kaum möglich. Die Stadt Dresden sorgte mit ihren Entscheidungen dafür, dass 64 Jahre nach den Naziverbrechen denjenigen die Straße überlassen wurde, die tagtäglich keinen Zweifel daran lassen, welche Gesellschaftsform sie sich vorstellen. Ein Hohn für Millionen von Opfern deutscher Barbarei und ein Armutszeugnis für das demokratische Verständnis in der NPD Hochburg Sachsen. Das Gefahrenpotential, das von den Nazis ausgeht, lässt sich sehr gut an den bekannt gewordenen Übergriffen vor und nach ihrer Demonstration belegen, wobei die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte.

Schon auf dem Weg nach Dresden wurden auf einem Rastplatz bei Chemnitz AntifaschistInnen aus Weimar von über 60 Nazis angegriffen und verletzt. Nach der Demonstration kam es bei Jena zum folgenschwersten Übergriff auf einen Bus des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dabei erlitt einen Person einen Schädelbruch, fünf weitere wurden verletzt. Auch in Priestewitz bei Meißen griffen Nazis Mitglieder des Jugendparlamentes der Stadt Taucha an. Es ist immer wieder verwunderlich mit welcher konstanten Ignoranz in Sachsen Naziübergriffe in Sorge um das Ansehen der Region vertuscht werden. Statt mit Kritik am Versagen der eigenen Politik anzusetzen und Naziübergriffe aber auch rechte Ideologie als solche zu bezeichnen, zeigt das Beispiel Dresden, dass ausgerechnet die kriminalisiert und angegriffen werden, die für eine offene, solidarische und freie Gesellschaft auf die Straße gehen.

Die antifaschistische Demonstration mit 3.500 TeilnehmerInnen wurde von einem massiven Polizeiaufgebot über die Albertbrücke, die Pillnitzer Straße, vorbei an der Synagoge zum Pirnaischen Platz begleitet. Der Weg von dort weiter in Richtung des Naziaufmarsches am Dr.-Külz-Ring wurde von der Polizei hermetisch mit Wasserwerfern, Räumpanzern und Einsatzfahrzeugen abgeriegelt. Auf der Wilsdruffer Straße am Kulturpalast stoppte die Demonstra-





tion nur wenige hundert Meter von der Naziroute entfernt.

Nach der Drohung durch die Polizei, die Versammlung an Ort und Stelle aufzulösen, lief die Demonstration etwa 150 Meter weiter in die Schloßstraße hinein und wurde schließlich nach mehreren brutalen Polizeiübergriffen aufgelöst. Zum Zeitpunkt der ersten vollkommen überzogenen Pfefferspray -und Prügelangriffe auf die Spitze der bis dahin friedlichen antifaschistischen Demonstration war der Naziaufmarsch nur wenige hundert Meter entfernt. Durch die räumliche Nähe zu den Nazis war damit für die Polizei eine möglicherweise nicht kalkulierbare konfrontative Situation entstanden. Augenzeugen berichteten danach mehrfach von gezielten Faustschlägen ins Gesicht und unkontrolliertem Einsatz von Pfefferspray durch äußerst aggressive Einsatzkräfte. Mit diesem Einsatz verhinderte die Polizei den genehmigten Ablauf der Demonstration auf der Schloßstraße weiter in Richtung des Theaterplatzes und verletzte mehrere auch unbeteiligte Personen. Im Anschluss wurden einige der DemonstrationsteilnehmerInnen hinter dem Kulturpalast von einer Treppe gestoßen und zum Teil schwer verletzt.

Auffällig an dieser Stelle war der Einsatz einer mit Bambusrohrschlagstöcken ausgerüsteten Spezialkommandoeinheit der Polizei, kurz SEK genannt. Diese Einheiten werden in letzter Zeit häufiger bei Demonstrationen, Razzien aber auch am Rande von Fußballspielen eingesetzt. Eine Identifizierung vermummter bzw. nicht gekennzeichneter gewalttätiger Beamter ist im Nachhinein nahezu unmöglich und wird von der Gewerkschaft der Polizei seit Jahren aus Gründen der Sicherheit abgelehnt. Anzeigen gegen die Polizei haben, sofern sie überhaupt gemacht werden, wenig Chancen auf Erfolg. Das belegten bereits vor Jahren Untersuchungen in Berlin. In gerade einmal 1,3 Prozent der angezeigten Fälle kam es überhaupt zu einer Anklage, verurteilt wurden 0,4 Prozent - ein Freibrief für SchlägerInnen in Uniform.

Nur kurz nach der gewaltsamen Auflösung der antifaschistischen Demonstration am Kulturpalast kam es am späten Nachmittag auf der Carolabrücke und damit weit entfernt vom eigentlichen Ziel der Nazidemonstration, dem Hauptbahnhof, zu regelrechten Jagdszenen der Polizei. Nach der Auflösung einer ebenfalls genehmigten Kundgebung vor der 1938 in der Reichspogromnacht zerstörten Synagoge wurden nach Augenzeugenberichten immer wieder einzelne TeilnehmerInnen angegriffen und über die Brücke getrieben.

Geradezu grotesk mutet es angesichts dieser brutalen Prügelszenen an, wenn sich der in der Korruptionsaffäre verstrickte sächsische CDU-Innenminister Albrecht Buttolo in einer Nachbetrachtung gemeinsam mit Landespolizeipräsident Bernd Merbitz bei den Einsatzkräften für ihre gute Arbeit bedankt. Wegen angeblicher "Chaoten und Krawalltouristen [die] Polizisten angreifen" plant er inzwischen gemeinsam mit dem ehemaligen sächsischen CDU-Innenminister Heinz Eggert eine Gesetzesinitiative auf Bundesratsebene, um eine Strafverschärfung bei Angriffen auf Polizeibeamte zu erreichen. Buttolo findet es auch "pervers, das Gedenken in Dresden für politische Zwecke zu missbrauchen" und zeigt damit einmal mehr, wie wenig auch ein sächsischer Innenminister von der politischen Bedeutung des 13. Februars für die Stadt Dresden verstanden hat. Solche Aussagen unterstreichen noch einmal wie wichtig es für antifaschistische Politik ist, die inhaltliche Auseinandersetzung gerade am 13. Februar zu suchen.

Diese Zusammenfassung soll noch einmal verdeutlichen mit welchen Freiheiten sowohl von behördlicher Seite als auch von Seiten der Polizei, alte und junge Nazis Jahr für Jahr in Dresden rechnen können. Ihnen wird an diesem Tag offenkundlich deutlich gemacht, was es in Deutschland 64 Jahre nach Kriegsende heißt, Lehren aus der Geschichte gezogen zu haben. Ganz im Gegensatz dazu, wird legitimer antifaschistischer Protest medial und politisch bewußt auf eine Stufe mit den Nazis gestellt. Das geschieht in der öffentlichen Debatte um Dresden vor allem aus der Weigerung heraus, sich mit den historischen Fakten auseinanderzusetzen. Zu erkennen, dass Versöhnung mit falschen Symbolen an einem solchen Tag ein falsches Geschichtsbild vermittelt, wird von den Nazis seit Jahren nicht wie oft behauptet instrumentalisiert, sondern konsequent weitergedacht. Der Mythos der mit der Bombardierung Dresdens entstanden ist, war und ist der Versuch sich zu den eigentlichen Opfern des zweiten Weltkriegs zu machen.

Antifaschismus ist notwendig -
nicht kriminell!
Heute wie gestern -
Kein Fußbreit den Faschisten!

Anti-Terrorismus-Ermittlungen gegen die sogenannte 'mouvance anarcho-autonome' in Frankreich: Einblicke, Ausblicke, Fragen und einige Antworten auf die Repression

Das Konstrukt der 'mouvance anarcho-autonome'

Die Festnahmen vom 11. November in Tarnac in Frankreich und die mediale Inszenierung dieser neuen Anti-Terrorismus-Ermittlungen schreiben sich in einen politischen Kontext ein, in dem die französische Innenministerin, Michelle Alliot-Marie, seit Amtsantritt im Mai 2007 nicht müde wird, bei jeder Gelegenheit "die Risiken einer gewaltsamen Wiederkehr der Linksextremen" zu thematisieren.
In einem Interview mit der konservativen Tageszeitung Le Figaro im Februar 2008 wird sie mit einer zu diesem Zeitpunkt für die meisten Menschen in Frankreich überrraschenden und auch sonderlich anmutenden Erklärung deutlich: "Prävention ist das beste Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität im Allgemeinen und Terrorismus im Speziellen. Sie ist der beste Schutz. Seit meinem Amtsantritt wünsche ich eine solche Strategie und habe den Staatsschutz angewiesen, besonders dieses Phänomen zu beobachten. Es handelt sich um einige dutzend Personen, die in informellen Kleingruppen organisiert sind und über eine recht wenig ausgearbeitete Ideologie verfügen. Sie zeichnen sich durch die Verweigerung jeglicher demokratischer Meinungsäußerung und einen von Gewalt geprägten politischen Diskurs aus."

Die 'mouvance anarcho-autonome des Großraums Paris'

Im Januar 2008 nimmt eine Reihe von Festnahmen ihren Anfang, die dem Staatsschutz dazu dienen, dieser angeblichen Gefährdung ein Gesicht zu geben : 'die anarcho-autonome Bewegung'. Ivan und Bruno werden auf dem Weg zu einer Demonstration gegen das Abschiebegefängnis in Vincennes kontrolliert und in polizeilichen Gewahrsam genommen, weil bei ihnen selbstgemischtes Rauchpulver und verbogene Nägel gefunden werden.
Wenig später werden Isa und Farid bei einer Straßenkontrolle angehalten, in ihrem Auto werden Chlorat und Pläne eines Jugendgefängnisses gefunden. Auch sie kommmen in Untersuchungshaft.
In den folgenden Monaten werden Damien und Juan festgenommen. Sie und auch Isa werden verdächtigt, in der politisch recht aufgewühlten Zeit der letzten Präsidentschaftswahlen im Juni 2007 einen Brandsatz unter einem Polizeiabschleppfahrzeug (frz. la dépanneuse) vor dem Präsidium des 18ten Arrondissment in Paris deponiert zu haben. Dem Untersuchungsrichter zufolge sollen Spuren ihrer DNA, gegen ihren Willen entnommen, auf dem Brandsatz festgestellt worden sein.

Im April 2008 werden die verschiedenen Fälle zu einer Anti-Terrorismus-Ermittlung zusammengefasst, die sich sodann gegen eine angebliche 'anarcho-autonome Bewegung des Großraums Paris (kurz MAAF)' richtet. Dieses polizeiliche Sprach-Konstrukt, im politischen Diskurs und in der Presse immer wieder aufgegriffen, ermöglicht weitreichende Überwachungsmaßnahmen und Beschuldigungen von politischen Aktivist_innen sowie sich daraus ergebende Untersuchungshaft. Diese dauert für Damien und Juan bis heute, Isa ist seit Anfang Februar nach einjähriger Haft draußen, Farid, Ivan und Bruno blieben drei und vier Monate in Untersuchungshaft. Die vier wurden nur unter strengen Auflagen (Meldeauflagen, Kontaktverbote, Vorschreiben des Wohnsitzes, nächtliche Ausgangssperren, Verbote das Land zu verlassen oder in bestimmte Gegenden oder Städte zu reisen und ähnliches) entlassen, einer Maßnahme, der sich Bruno im Juli 2008 durch Untertauchen entzogen hat.

Die 'Hakenkrallenfälle'

Am 11. November 2008 riegeln 150 Polizist_innen aus Anti-Terror-Einheit, Staatsschutz und Kriminalpolizei das kleine Dorf Tarnac im Zentralmassiv ab und durchsuchen einen Bauernhof. Gleichzeitig finden Razzien in Paris, Rouen und dem ostfranzösischen Departement Meuse statt. Insgesamt werden zehn Personen festgenommmen. Neun von ihnen werden beschuldigt, einer kriminellen Vereinigung mit terroristischer Zielsetzung anzugehören. Fünf der neun Personen sind außerdem angeklagt, in der Nacht des Castor-Transportes vom 7. auf 8. November 2008 Hakenkrallen an den Oberleitungen von einigen Hochgeschwindigkeitslinien des französischen Bahnnetzes angebracht zu haben, was zu zahlreichen Zugverspätungen führte.
Gegen alle wird nach dem französischen Anti-Terror-Paragrafen ermittelt.

Acht von ihnen kommen unter öffentlichem Druck und unter Auflagen nach und nach frei. Weiterhin in Untersuchungshaft befindet sich Julien. Er wird beschuldigt, Anführer und intellektueller Kopf einer ultralinken anarcho-autonomen Gruppe zu sein, in den Medien gerne auch als "unsichtbare Zelle" bezeichnet. Auch dieser Name ist frei erfunden, er kann als eine spektakulärere Anlehnung an den Namen "unsichtbares Komitee" verstanden werden, unter dem das Buch 'L'insurrection qui vient - Der



kommende Aufstand'[1] erschienen ist.

Politische Reaktionen auf die Repression

La dépaneuse raconte..."[2]

In Solidarität mit den Angeklagten aus den Ermittlungen gegen die 'anarcho-autonome Bewegung des Großraums Paris' wird im Mai 2008 die erste Ausgabe der Broschüre 'mauvaises intentions' (zu übersetzen als 'schlechte Vorsätze' oder auch 'falsche Gesinnung', zu finden auf infokiosques.net/mauvaises_intensions) herausgegeben und in großer Anzahl verteilt.
Ende Januar 2009 erscheint das Nachfolgeheft. Beide Broschüren beinhalten Texte zur Einordnung der aktuellen Repression in den weiteren politischen Kontext (hierzu eine Übersetzung der Einleitung der ersten Broschüre [3]), Briefe der Gefangenen[4], eine Zusammenstellung verschiedener (teils in anderen alternativen Medien erschienenen) Artikeln, die einen Überblick über Solidaritätsaktionen geben und das polizeiliche und staatliche Werkzeug des Anti-Terrorismus analysieren. In der Broschüre von Mai 2008 finden sich außerdem eine Liste der in den bürgerlichen Medien erschienen Artikel, die die mediale und politische Konstruktion der 'anarcho-autonomen Bewegung' als neuen 'Feind im Inneren' nachzeichnet. Die Broschüre von Januar 2009 legt einen Schwerpunkt auf die verschiedenen politischen Kämpfe, die eng mit den Anschuldigungen verbunden sind, wie die gegen DNA-Karteien als Überwachungswerkzeug und die der sans-papiers und gegen die Abschiebemaschinerie.

Das Kollektiv Kalimero in Paris, das sich als allgemeine Solidaritätskasse für Gefangene versteht, hat seit den Verhaftungen zu monatlichen Treffen eingeladen, bei denen auch Geld und Briefe für die Gefangenen des Anti-Terrorismus-Verfahren gesammelt und Informationen weitergegeben werden.

Im Vorfeld eines Aktionstages für die Rechte der Sans-Papiers im April 2008 ermunterte ein auf indymedia veröffentlichter Aufruf der 'Rauchpulver aller Länder und Mischungen' dazu, auch weiterhin Demonstrationen mit großzügiger Rauchentwicklung zu begleiten. Im Rahmen der Demonstration am 8.April 2008 in Paris findet dieser Aufruf starkes Echo und auf Transparenten wird die Abschaffung von Abschiebeknästen und die Freilassung von Bruno und Ivan gefordert.
Ebenfalls im April werden in großer Zahl Plakate gedruckt, geklebt und verteilt, die den Terrorismus-Vorwurf als politisches Konstrukt zurückweisen und vielmehr dem Staat täglichen Terror vorwerfen.

Anfang Mai wird eine Radiosendung über die politischen Ereignisse im Mai 1968 des französischen Kultursenders 'France Culture' gestört. In der allgemeinen Unordnung gelingt es den Studiobesetzer_innen, mit dem Verlesen eines Kommuniquees die Aktualität politischen Widerstands in die brave Gedenksendung zu bringen und die Freilassung von Bruno und Ivan zu fordern, bevor sie vom Ordnungsdienst des Senders aus dem Studio gedrängt werden.



Zu einer Solidaritätswoche ohne Grenzen wird vom 9. bis zum 16. Juni 2008 aufgerufen, einer Einladung, der viele Gruppen auf unterschiedliche Art folgen : unangemeldete Kundgebungen, rauchpulverbegleitete Demonstrationen, Steine und Farbeier gegen Einrichtungen von Staat und Justiz, eingeschlagene Scheiben oder abgebrannte Fahrzeuge von an Abschiebungen beteiligten Unternehmen, besetzte Museen, gesprühte Slogans und aufmerksamkeitswirksam platzierte Transparente gab es in Paris, Lyon, Grenoble, Brest, Le Vigan, Lille, Rennes, Brüssel, Montevideo (Uruguay), Santa Cruz (USA), Turin, Genf, Thessaloniki, Moskau, Kiev, Vancouver und in Bizkaia (Baskenland).

Anfang Juli werden bei einer Kundgebung vor dem Gefängnis von Fresnes (in dem zu dieser Zeit Juan einsitzt) Feuerwerkskörper abgeschossen und ein Banner mit der Aufschrift 'Wie in Vincennes - Feuer und Flamme allen Gefängnissen' aufgehängt. Vier Personen werden anschließend festgenommen und wegen Aufruf zur Zerstörung staatlicher Gebäude zu Geldstrafen verurteilt.

Im August 2008 wird im Rahmen des Antirassistischen Camps in Hamburg das französische Konsulat kurzzeitig besetzt, Banner fordern die Freilassung von Ivan, Bruno, Isa, Juan und Damien und kritisieren die französische Abschiebepolitik.

Vom 17. bis 24. Januar 2009 wird, auch anlässlich eines erneuten Antrags auf Haftentlassung von Isa, zu einer weiteren Solidaritätswoche ohne Grenzen aufgerufen. Diese beginnt mit einer Kundgebung und Feuerwerk vor dem Gefängnis von Versailles und endet am 24. Januar mit einer Demonstration in Solidarität mit den Gefangenen (ausdrücklich auch jenen meist Ungenannten, die im Zusammenhang der regelmäßigen Konfrontationen mit der Polizei in den Banlieues festgenommen werden). Die Polizei kesselt die unangemeldete Demonstration nach wenigen Metern ein und nimmt insgesamt 120 Menschen zur Identitätsfeststellung kurzzeitig fest. 16 Personen bleiben bis zu zwei Tage in Gewahrsam und werden mit Prozessen wegen Widerstand und angeblichem Werfen von Gegenständen auf die Polizei bedacht. Der Staatsschutz ist während der Verhöre präsent und eine Person wird explizit zu ihrer Rolle in der 'anarcho-autonomen Bewegung' befragt.

"Die Tarnac-Solidarität"

Kurz nach den Festnahmen am 11. November 2008 kommt es in dem Wohnort der Festgenommenen, Tarnac, zu einer Dorfversammlung mit über 200 Menschen.
Sie gründen eine erste Soli-Komitee. Kurz darauf schreiben die Eltern einiger Betroffener einen offenen Brief, der das Vorgehen der Polizei scharf kritisiert. Auf Initiative des Verlegers des Buches 'L'insurrection qui vient', Eric Harzan vom linksradikalen Verlag 'La Fabrique', beteiligen sich zahlreiche namhafte linke Intellektuelle an einer Petition, die die Freilassung der Inhaftierten fordert.
Die linksliberale Tageszeitung 'Libération' entscheidet sich nach einer ersten Phase der Pressehetze gegen die 'Ultralinken' der Kritik am Vorgehen der Ermittlungsbehörden Raum zu geben. Sie veröffentlicht ein vierseitiges Interview mit einem der inzwischen wieder Freigekommenen, Benjamin, und berichtet regelmäßig über die Aktivitäten des Solidaritätskomitees von Tarnac. Auch in der liberalen Zeitung 'Le monde' kommen linke Intellektuelle zu Wort und kritisieren in Feuilletons und Kommentaren die Anti-Terror-Politik im Allgemeinen und das Vorgehen von Politiker_innen, Polizei und Presse gegen die 'jungen Menschen aus Tarnac' im Besonderen.

Dem Aufruf, in allen Städten Solidaritätskomitees zu gründen folgen viele, auch in kleinen französischen Provinzstädten und im Ausland (Deutschland, USA, Griechenland), wo zum Teil auch französische Konsulate und Presseagenturen mit Brandsätzen und Farbeiern angegriffen wurden.

Vom 15. bis 25. Januar werden anlässlich einer Mobilisierungswoche in vielen Städten Konzerte, Lesungen, Theater und Diskussionen organisiert. Am 31. Januar 2009 findet eine zentrale Demonstration in Paris gegen die Anti-Terror-Gesetzgebung und die Kriminalisierung von politischer Aktivität statt, die neben der (gewohnt) großen Menge von Rauchpulver und Feuerwerkskörpern auch von Musikkapellen und einem spektakulär großen Polizeieinsatz begleitet wird.

Unterschiedliche Ausrichtung der Solidaritätsarbeit

Die unglaubliche Medienresonanz, die die Verhaftungen im November 2008 nach sich zog, erklärt sicherlich auch, zumindest zum Teil, die sehr öffentlichkeitswirksame Art der Solidaritätsarbeit, die sich durch seitenlange Interviews inklusive Fotos und Diskussionen über Anti-Terrorismus-Ermittlungen in den wichtigen Feuilletons Frankreichs charakterisieren lässt. Es kommt zu einem recht seltenen Phänomen : Solidaritätsaufrufe verlassen das engere politische Umfeld der Beschuldigten; in den Komitees organisieren sich ebenso die bäuerliche Nachbarschaft der Angeklagten wie auch deren namhafte Bekannte und Weggefährt_innen, die zu den intellektuellen Eliten verschiedener Länder gehören.

So ist der Ton der Solidaritätsarbeit mit den Beschuldigten vom 11. November (zumindest innerhalb von Frankreich) ein grundsätzlich anderer als der, der nach den ersten Ermittlungen gegen die sogenannte 'anarcho-autonome Bewegung des Großraums Paris' angeschlagen wurde. Für die 'Tarnac-Solidarität' spielen die Medien und der 'Druck der (einflussreichen) Öffentlichkeit' eine zentrale Rolle, um dem Vorgehen der Ermittlungsbehörden etwas entgegen zu setzen. Auch auf Grund der Herkunft und der Bildungswege einiger der Beschuldigten werden Persönlichkeiten aktiv, die mit einem eher auf Rechtsstaatlichkeit pochenden Diskurs viel Raum in der Presse einnnehmen. Sie nutzen die dünne Beweislage der Ermittlungsbehörden dazu, die Beschuldigten von jeglicher Beteiligung an Aktionen freizusprechen. Sie kritisieren das skandalöse Vorgehen der Ermittlungsbehörden, die mit ihrer Willkür und dem Heranziehen des Anti-Terror-Paragraphen politisch aktive aber tadellose und intelligente junge Menschen ins Gefängnis bringt. Einerseits fehlt so in den medienwirksamen Stellungnahmen die Überlegung, dass in Frankreich einige dutzend Menschen wegen Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oft jahrelang in Untersuchungshaft sitzen und dass dieser Vorgang meist unbeachtet bleibt, weil er ansonsten weniger einflussreiche Bevölkerungsgruppen betrifft.

Andererseits drängt sich der Gedanke auf, dass sich die gegenwärtige Mobilisierung stark auf die juristische Unschuld der Angeklagten beruft und somit politisch offensivere Arten der Verteidigung ausklammert.

Die Unterstützer_innen der Beschuldigten der angeblichen 'MAAF' hingegen lehnen die Zusammenarbeit mit Journalist_innen und bürgerlichen Vereinen ab. Sie versuchen stattdessen, die Ermittlungen gegen politische Aktivist_innen in den Kontext der alltäglichen polizeilichen und sozialen Kontrolle aller Personen, die zu arm oder zu aufständig sind, um in das demokratische Gesamtbild zu passen, zu stellen. Es wird versucht, politische Solidarität auf der Basis von gemeinsamer Betroffenheit vieler Menschen von Überwachung und Bestrafung aufzubauen.

Die Frage, inwieweit diese beiden Herangehensweisen unterschiedlich interessante Resultate bringen, hinsichtlich ihres politischen Ausdrucks und hinsichtlich der Effizenz für die Betroffenen, muss also kritisch gestellt und kann weiter ausdifferenziert werden.
Handelt es sich bei dem breiten Medienphänomen, das die Solidaritätsarbeit der im November Verhafteten begleitet, um eine Art Klassensolidarität, die für andere Aktivist_innen undenkbar ist ? Oder bringt sie vielmehr Menschen außerhalb des engen Kreises einer politischen Szene das Thema Repression näher und ermöglicht so breiteren, wirksameren Protest ? Unterschlägt sie dabei die Möglichkeit, Akte politischen Widerstands auch politisch zu thematisieren und zu verteidigen ?

Es fällt jedenfalls auf, dass Solidarität sich über diese Unterschiede der politischen Positionen und Strategien hinaus ohne weiteres nur schwer vernetzen lässt. Die beiden Solidaritätswoche im Januar, zu denen zeitgleich aber getrennt aufgerufen wurde, zeigen dies deutlich.

Perspektiven im Weitwinkelobjektiv

Jenseits dieser (sicherlich nicht besonders originellen oder neuen) Konflikte und vor allem angesichts von Repression, die einerseits eine ausgeprägte strategische Komponente und andererseits eine europäische (und internationale) Dimension hat, stellt sich die Frage, wie offensive Formen der Anti-Repressionsarbeit aussehen können, die politische Handlungsspielräume eröffnen.

Dabei kann die Auseinandersetzung mit den strategischen Funktionen der Repression wichtige Anhaltspunkte liefern. Gilles Gray, Direktor der Abteilung Ökonomischer Schutz im französischen Inlandsgeheimdienst bezeichnet beispielsweise die Festnahmen in Tarnac als "eine klare Botschaft... gerichtet an diejenigen, die vielleicht darüber nachdenken, ähnliche Dinge zu tun", angesichts einer, mit seinen Worten, "Philosophie des Widerstandes, die sich in Europa verbreitet". Repression im Allgemeinen und Anti-Terrorismus-Repression im Speziellen dient nicht nur der Bestrafung und Überwachung, sondern auch der (vorbeugenden) Einschüchterung, der Isolation politischen Widerstandes und der Sicherung von staatlicher Herrschaft.

Gleich mehrere Lektionen sollen erteilt

werden : politischer Widerstand gegen die herrschenden Zustände sollen unmöglich erscheinen und bestimmte Organisations- und Aktionsformen von vornherein ausgeschlossen werden.
Und : strafrechtlich relativ banale Akte (wie Sabotage und Sachbeschädigung) sollen in den Augen aller übermäßig gewalttätig und verrückt erscheinen, ihr politischer Gehalt soll an sich unverständlich bleiben.[5]
Gegenüber einer sozialen und ökonomischen Gesamtsituation mit hohem Konfliktpotential ist Repression so auch ein Mittel zur Sicherung von staatlicher Macht : hartes Durchgreifen gegen politisch 'Unvereinnahmbare' wird legitimiert, Stärke demonstriert und Kontrolle ausgeweitet.

Das Solidaritätskomitee aus Montreuil (bei Paris) schreibt dazu in seinem Aufruf : "Eins ist sicher : Hier, wie auch in Italien, Deutschland und den USA, ist der Anti-Terrorismus nicht einfach eine Reihe von Sondergesetzgebungen, die sich die einzelnen Länder erlauben, sondern es handelt sich um eine neue Art des Regierens und zwar weltweit."
Dieser letzte Schluss, nämlich dass hinter den verschiedenen Fällen von Anti-Terrorismus-Repression eine geschlossene, allumfassende Logik steht, eine Art des Regierens von völlig neuer Qualität, bedarf sicherlich noch mehr Diskussion. Eines ist jedoch sicher : Repression organisiert sich in allen diesen Fällen selbstverständlich auf europäischen Niveau und benutzt dazu Überwachungs-Infrastrukturen, die auf länderübergreifender Basis geschaffen werden.[6]

In diesem Kontext muss auch die Tragweite von Solidarität gesehen werden. Sie muss versuchen, Grundlagen einer politischen Praxis für die Zukunft zu schaffen, die auf der Höhe der verschiedenen Dimensionen dieser Repression ist.

Dazu, um zum Schluss zu kommen, einige Anhaltspunkte :
Konkrete Solidarität materieller Art und öffentlichkeitswirksamer Art ist weiterhin nötig, um die aktuell Beschuldigten möglichst unbeschadet aus der Sache (und das heißt auch zunächst mal : aus der Untersuchungshaft) herauszubekommen.
Um das (nicht freiwillig gewählte) Feld der Anti-Repression jedoch offensiv auszuweiten, sollte Solidarität ermöglichen, die Legitimität der verfolgten Aktions- und Organisationsformen in breiteren Mobilisierungen zu verteidigen und so auch politische Handlungsspielräume zu erweitern.

Außerdem sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass Repressionsmechanismen auf Grund gemeinsamer Betroffenheit breiter diskutiert und analysiert werden können. Die Diffamierung jeglicher Art von militanter Politik als Terrorismus ist weniger wirksam, wenn dieses Vorgehen in Kontext von allgemeinen Überwachungs- und Kontrolllogiken gestellt wird.

Fussnoten:
[1] 2007 bei La Fabrique erschienenes politischen Manifest, das eine Strategie der Erhöhung der Spannung propagiert. In Berichten der Ermittlungsbehörden und der Medien nimmt Juliens mutmaßliche Mitarbeit an dem Text großen Raum ein. Seither sind die Verkaufszahlen des Buchs beträchtlich gestiegen.
[2] 'Das Abschleppfahrzeug erzählt', Titel eines Textes, der in Solidarität mit den Beschuldigten zu Sabotage an Polizeifahrzeugen aufruft
[3] 'Die öffentliche Ordnung auf schwerwiegende Weise stören' : Einleitung der Broschüre 'mauvaises intentions. Das Anti-Terrorismus-Werkzeug und die mouvance anarcho-autonome' (Mai 2008)
"Unnötig, sich hier über die Gründe für die erhöhte Spannung auszulassen : mehr oder weniger unterschwellige Revolten, spontane Streiks, soziale Bewegungen, die den vorbestimmten rechtlichen Rahmen verlassen ... und nicht nur in Frankreich.
Alle kennen die alltägliche Unterdrückung auf der Arbeit, um sich durchzuschlagen, um ein Dach über dem Kopf zu haben. Den Kapitalismus aufrechtzuerhalten heißt auch, die Ausgebeuteten jederzeit den Druck spüren zu lassen : das Gesetz, die Kontrolle und die Angst sind die besten Werkzeuge. Vereinzeln. Isolieren. In Kategorien stecken. Dies bleiben die effizientesten Werkzeuge der Macht. Sein Propagandainstrument, die Presse, arbeitet regelmäßig daran mit : Revolten und Ausschreitungen werden in Szene gesetzt, um dann, mit der vorrausgesetzten Zustimmung aller, abgestraft zu werden. Seit einigen Jahren steht die Figur des Terroristen für das Böse und das funktioniert weltweit gut. In Frankreich werden alle, die den Staat auf die eine oder andere Weise politisch in Frage stellen, zusammmen in einen Sack mit der Aufschrift 'Terrorismus' gesteckt, ebenso die, die ihn ersetzen möchten (religiöse Integristen, Nationalisten...) wie auch die , die ihn endgültig abschaffen möchten. Irrationale Panikmache ersetzt dabei, im kollektiven Gedächtnis, die politische Analyse. Ein altes Feindbild wird seit den Präsidentschaftswahlen 2007 wiederbelebt : 'die Autonomen'. Polizei und Medien reduzieren unter dem Namen 'anarcho-autonome Bewegung' eine vielfältige Praxis von emanzipativen Ideen und Handlungen auf ein organisiertes Netzwerk. Die Kritik an Staat und Kapital wirksam werden zu lassen, heißt aber nun mal ihn auch tatsächlich anzugreifen. Die meisten Menschen halten das für unmöglich und können jede direkte Aktion nur als eine Manipulation von Seiten der Polizei, als eine Handlung von Verschwörungstheoretikern oder Rechtsradikalen wahrnehmen... Alles Erklärungen, die direkte Aktion als Kritik an den bestehenden Verhältnissen unglaubwürdig, unwirksam und für die Bevölkerung unverständlich erscheinen lassen. Was wiederum das Gefühl der Ohnmacht verstärkt. Es ist nicht wirklich erstaunlich, dass der Staat diese beiden Ängste zu einer zusammenbringen möchte : Angst vor dem 'Terrorismus', Angst vor den 'Anarchisten'. Darum geht es von neuem seit einigen Monaten. Es liegt uns am Herzen, die Texte in diesem Heft zusammenzustellen, weil es darum geht, ein für alle mal den Mechanismus zu erklären, bei dem einige wenige ins Gefängnis gebracht werden, um viele weitere zum Schweigen zu bringen."
[4] In der deutschen Übersetzung in den Archiven von de.indymedia.org
[5] Eine in Deutschland bei der taz eingegangene Anschlagserklärung, die die Hakenkrallen-Aktionen im November in den Kontext des Widerstandes gegen den Castor-Transport stellen, wurde in Frankreich so gut wie gar nicht diskutiert. Das Bekenner_innen-Schreiben wurde ausschließlich durch einen Polizeibericht Ende November bekannt und nur zögerlich in den Medien und in der linken Szene aufgegriffen. Das stellt die Frage nach der Vermittlung von politischen Aktionen :
Für die 'linke Szene' ist es unglücklich, wenn ein Polizeibericht die einzige Quelle ist, die einer Aktion einen fassbareren politischen Hintergrund gibt. Dies gestaltet die Entscheidung schwierig, wie sich auf diese Anschlagserklärung bezogen werden und wie die Akte politisch verteidigt werden können. Atomtransporte sind weiterhin kein Thema und die Diskussion um Sabotage als Aktionsmittel wird auf einem recht abstrakten Niveau geführt, da in dem Buch 'L'insurrection qui vient' allgemein von dem 'Blockieren der Ströme' als Strategie gegen ein System, das nicht mehr zentral sondern vielmehr diffus anzugreifen sei, die Rede ist.
Mit Blick auf eine breitere Öffentlichkeit gibt dieser Zustand den Ermittlungsbehörden und den bürgerlichen Medien jedenfalls alle Trümpfe in die Hand, die Akte als absurd und unnachvollziehbar darzustellen und so zu isolieren.
[6] Von Anfang an sprachen die Behörden (und die Medien) bezüglich der Festnahmen und Ermittlungen Anfang November von internationalen Verbindungen der Verdächtigten: es soll Kontakte zu Linksradikalen in den USA, Belgien, Italien, Griechenland, Deutschland und der Schweiz geben. Eine Datenübermittlung der US-amerikanischen Behörden war auch der Grund, warum die französischen Behörden im April mit der Observation von Yildune und Julien begannen. Mitte Dezember stürzten sich die französischen Medien dann auf das, was sie in Übereinstimmmung mit den Ermittlungsbehörden 'la piste allemande' nennen. Denn eins ist nun sicher, die Ermittlungen ziehen Kreise über Frankreich hinaus : die Hakenkrallen-Methode ist als 'made in Germany' gelabelt und die Namen von Personen, gegen die in einem mittlerweile eingestellten 129a-Verfahren wegen Hakenkrallen-Aktionen ermittelt wurde, wurden an die französischen Behörden weitergegeben und finden Eingang in die aktuellen Ermittlungen.Inwieweit sich die Behörden bei den aktuellen Ermittlungen auf eine neue europäische Dimension ihrer Arbeit konzentrieren und welche 'Zusammenarbeit' (Datenaustausch über politische Aktivist_innen...) dabei zum Standard werden, wird sich zeigen.

Ausstieg lieber nie als gar nicht!



Anfang Februar machte eine Nachricht die Runde, die das deutsche Atomforum bei seiner Frühjahrstagung in Berlin frohlocke ließ:
Der schwedische Atomausstieg wird revidiert. Beinahe dreißig Jahre nachdem in einer Volksabstimmung 1980 der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen wurde, wurde dieser Beschluss von der schwedischen Mitte-Rechts-Regierung wieder aufgehoben. Die Bilanz des schwedischen Atomausstieges war ohnehin mehr als dürftig. 29 Jahre nach der Volksabstimmung sind lediglich die beiden Uraltreaktoren in Barsebäck stillgelegt worden, was jedoch durch eine drastische Leistungssteigerung der übrigen 10 schwedischen Reaktoren kompensiert wurde.
Heute wird in Schweden genau so viel Atomstrom produziert wie vor der Volksabstimmung, und auch der Anteil Atomstrom von rund 50% hat sich kaum geändert.

Das schwedische Atomprojekt gleicht einer Blaupause für die Zukunft des sogenannten Atomkonsenses in der brd. An den grundlegenden Stellgrößen der bundesdeutschen Energiepolitik wurde durch den Konsens nichts geändert weder am Zugriff auf die Stromnetze, noch an den Gebietsmonopolen von E.on, RWE, Vattenfall und ENBW. Auch in der brd wurde zwei uralte Reaktoren stillgelegt, die noch kleiner waren als die Blöcke in Barsebäck, und es scheint unwahrscheinlich, dass ihnen weitere folgen. Der politische Preis für den "Atomausstieg" war die Tatsache, dass er nicht stattfand.

Und auch für die Zeit nach dem Ende des Atomkonsenses zeichnet sich in Schweden ein Szenario ab, das auf Deutschland übertragbar sein dürfte. Kaum hatte die Regierung am 5. Februar ihren Beschluss verkündet, das Ende der Atomanlagen zu beenden, zog Vattenfallchef Josefsson auch schon die Pläne für einen Kraftwerksneubau aus der Schublade. Am bereits bestehenden Kraftwerksstandort Ringhals soll ein weiterer Block errichtet werden. Mit dieser Strategie - dem Neubau an bereits etablierten Kraftwerksstandorten - hofft die Atomindustrie Proteste zu vermeiden, die es an neuen Kraftwerksstandorten zweifelsohne geben würde.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Rechnung aufgehen wird. Deshalb aber bereits von einer Renaissance der Atomenergie zu sprechen, wie es die CDU und das deutsche Atomforum tun, verkennt die Tatsache, dass in den meisten Fällen einfach alte Reaktoren durch neue ersetzt werden.

Ein ähnlicher Prozess findet gerade in Großbritannien statt, wo sich RWE, Vattenfall, E.on und EDF darum zanken, wer welchen alten Schrottreaktor kaufen darf, um an seiner Stelle einen neuen zu bauen. Damit sich das Ganze rentiert, wird dabei gerne zum Typ "EPR" (European Pressurized Reactor) gegriffen, jenem deutsch-französischen Monster-AKW, das mit mehr als 1600 MW Leistung noch viel größer ist als die Reaktoren der Konvoi-Linie (Bsp. Brockdorf) und gut doppelt so groß dimensioniert ist wie das aktuelle Modell von Westinghouse / Toshiba. So lässt sich mit einem neuen Reaktor die Leistung von zwei alten erzeugen, quasi zwei Reaktoren zum Protest von einem.
Doch auch dieses immer wieder als Renaissance verklärtes Ersetzen von Altanlagen wird den weltweiten Niedergang der Atomindustrie nicht stoppen können. In den vergangenen drei Monaten wurden zwar eine Reihe von Reaktorneubauten angekündigt. De facto sind jedoch drei Atomkraftwerke stillgelegt worden (1x Bohunice, 2x Hamaoka). Nach Angaben der sicherlich nicht atomkritischen IAEA ist der weltweite Anteil des Atomstromes von 16% im Jahr 2005 auf 14% im Jahr 2007 gesunken.
Angesichts anstehender AKW-Neubauten gibt es keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen.

Auf der anderen Seite sollte mensch sich vom Renaissance-Mantra der Atomlobby auch nicht lähmen lassen. Zwar steht 2009 kein Castor-Transport an, doch mit dem Wiederanfahren der AKWs in Brunsbüttel und Krümmel, dem Endlagerdesaster in Asse und nicht zuletzt dem Klimagipfel in Kopenhagen dürfte es reichlich Anlass zu energiepolitischer Intervention geben.

Normalbetrieb

12.02.09
Wunsiedel - Wildschweinfleisch strahlt noch immer
Auch wenn knapp 23 Jahre nach dem Desaster kaum mehr jemand darüber redet, Tschernobyl ist allgegenwärtig. Wir verzehren noch immer Nahrungsmittel, die stärker radioaktiv belastet sind als vor der Reaktorkatastrophe - Wildbret zum Beispiel. Und das ist der Grund dafür, dass seit 2007 auch in der Wunsiedler Landesjagdschule auf dem Katharinenberg eine Radio-Cäsium-Messstation steht, quasi als Spätfolge von Tschernobyl.
Gefunden bei Frankenpost.de

14.02.09
Behörden haben in zwölf Bundesländern mehr als 150 Tonnen radioaktiv belastete Metallteile aus Indien ausfindig gemacht. Die Kontaminationen werden durch das radioaktive Isotop Kobalt 60 verursacht, das hauptsächlich aus drei indischen Gießereien in verschiedenste Produkte in Deutschland gelangt ist. Funde gibt es unter anderem in Niedesachsen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Fünf Tonnen Edelstahlspäne überschritten den gesetzlichen Grenzwert so sehr, dass sie der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) übergeben werden mussten. Bekannt sind den Behörden bisher Kontaminationen bei Ventilen, Gussteilen, Edelstahlseilen, Maschinenteilen und Altmetallspänen.
Der erste von insgesamt 19 Funden vom August 2008, ein Container mit belasteten Edelstahlstangen im Hamburger Hafen, strahlte besonders stark. Der Aufenthalt in der Nähe des Materials hätte nach knapp 24 Stunden mehr als die Strahlendosis von einem Millisievert ergeben, die laut Strahlenschutzverordnung einem Normalbürger für ein ganzes Jahr erlaubt ist.
Quelle: Der Spiegel

16.02.09
Am 12.2.09 sind vier Reaktoren (3.700 MW) im französischen Blayais wegen eines schweren Sturms abgeschaltet worden.
Quelle: contratom.de

16.02.09
Mehrere ehemalige Beschäftigte des maroden Atommülllagers Asse in Niedersachsen sind offenbar an Krebs erkrankt. ´Wir haben am Freitag einen Mann angehört, der in der Asse gearbeitet hat und später an Leukämie erkrankt ist´, sagte Staatsanwalt Joachim Geyer dem Tagesspiegel. Zwei weitere Personen, ´die gesundheitlich betroffen sind´, würden im Verlauf der kommenden Woche angehört. Vor den Ermittlern ausgesagt hat der 46 Jahre alte Schlosser Eckbert Duranowitsch. Er arbeitete von 1987 bis 1990 im Forschungsendlager Asse. Einige Messspunkte seien schwer zu erreichen gewesen, weil die in das Bergwerk sickernde Lauge teilweise in die abschüssigen Stollen lief, sagte Duranowitsch dem Tagesspiegel: ´Einmal mussten wir mit einem Schlauchboot über den Laugensumpf fahren, um an eine Messstelle heranzukommen.´ Die Lauge sei auch benutzt worden, um Spezialzement für Betonierungsarbeiten herzustellen.
Besondere Schutzkleidung trug Duranowitsch nach eigenen Angaben nicht Neben Duranowitsch ist nach Tagesspiegel-Informationen auch ein heute 59-Jähriger betroffen, der von 1988 bis 1992 in der Asse arbeitete und 2005 an Rachenkrebs erkrankte.
Quelle: Der Tagesspiegel

Aktion

04.02.09
In Berlin haben 1.500 Menschen das Maritim-Hotel umzingelt, in dem der Lobbyverein der deutschen Atomindustrie tagte. Mit einem spontanen Besuch der Vattenfall-Zentrale begann die Aktion, gegen 17.00 Uhr hatten sich vor dem Haus um die 1.000 Menschen versammelt. In einem Demonstrationszug zogen die Atomkraftgegnern mit dem Slogan "Tschüss Vattenfall" von der Hauptstadtzentrale des Energieversorgers vor das Tagungshotel "Maritim".
Quelle Contratom.de

14.02.09
Mit einer Demonstration in Berlin will die bundesweite Anti-Atom-Bewegung drei Wochen vor der Bundestagswahl ihrer Forderung nach Abschaltung aller Kernkraftwerke Nachdruck verleihen. Für 5. September sei eine große Kundgebung am Brandenburger Tor geplant. Bereits am 29. August wollten sich Aktivisten mit Traktoren, Fahrrädern und anderen Fahrzeugen in einem großen Treck in Richtung Hauptstadt auf den Weg machen. Der Treck nach Berlin solle auch an einen Höhepunkt des Protestes gegen die Atomanlagen in Gorleben vor 30 Jahren erinnern. Im März 1979 waren Hunderte Landwirte mit ihren Traktoren nach Hannover gefahren und dort von rund 100 000 Demonstranten empfangen worden. Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) erklärte daraufhin die zunächst geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben für nicht durchsetzbar.



Nachruf
Für Bernd Schulz

Am 29. September fand im Polittbüro in Hamburg-St. Georg eine Lesung aus dem Roman "Das bewegte Leben des Lasik Roitschwantz" statt. Ilja Ehrenburg, der Autor, war für Nazis im Deutschen Reich die personifizierte "jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung".

Nun die Lesung aus seinem Schelmenroman, in dem Lasik Roitschwantz, der als Jude im Stetl Homel lebt, von einer Karrrieristin mit einem erlogenen Vorwurf denunziert, mehrere Wochen inhaftiert wird und anschließend in 19 weiteren Städten quer durch Europa in Gefängnissen landet. Eine entscheidende Frage, ob der sowjetische Autor mit seinem Text sagen wollte, auch in der Sowjetunion sei es unmöglich, als Jude zu leben, ebenso wie in den weiteren von Lasik bereisten Ländern wie Frankreich, Polen, Deutschland, England, Palästina. Wir standen in der Pause vor der Tür. Ilja Ehrenburg war trotz seiner Kritik an vorhandenem Antisemitismus als Kommunist parteilich für die Sowjetunion, gestaltete mit, rang dort um Verbesserungen.

Ein Genosse, mit dem ein Gedankenaustausch hierüber gut gewesen wäre, war nicht da. Bernd Schulz. Er ist an diesem Abend gestorben. Oft stand Bernd bei Veranstaltungen an der Tür, diskutierend, oft auch im besten Sinne erregt. Er konnte leidenschaftlich argumentieren, manchmal blieb kaum Zeit, selbst etwas einzuwerfen in seine ebenso lange wie schlüssige Argumentation. Bernd war ein guter Agitator, er konnte mitreissen und organisieren, aufbegehren. Etwa gegen die an die zaristischen Pogrome erinnernde Belagerung einer Flüchtlingsunterkunft von Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Wer rief seinerzeit an und organisierte Autos zum Hinfahren - Bernd. Angekommen im Unabhängigen Jugendzentrum Rostock versuchte Bernd, ein gemeinsames Handeln der versammelten Linken hinzubekommen.
Es war eine schreckliche Nacht, an diesem 24. August 1992. Vor der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen waren tausende deutsche BürgerInnen versammelt und applaudierten den Nazis, die die Fenster einschmissen und Brandsätze hinterher, obwohl in den oberen Stockwerken die verängstigten BewohnerInnen waren. Die Polizei stand daneben, die Feuerwehr konnte nicht hin. Wir waren ohnmächtig und hatten die breite Masse gegen uns. Erst mitten in der Nacht trauten wir uns, gegen den deutschen Mob, wie Bernd treffend und bissig sagte, durch die leeren Straßen von Lichtenhagen zu demonstrieren. Der Anschluß der DDR an die BRD und das anschliessende rassistische Coming Out Vieler bedeutete einen tiefen Einschnitt auch in Bernds Biographie. Die deutschnationalen Gewaltnächte von Rostock-Lichtenhagen waren für uns eine Zäsur. Bernd wurde in der antirassistischen Bewegung aktiv; er griff ein, diskutierte und schrieb. Seit Anfang der 90er war sein politisches Denken und Handeln vor allem dadurch motiviert, zu verhindern, dass erneut die Konzentration wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht zu einer Hegemonie Deutschlands führen konnte. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches 1945 sah er als eine logische Konsequenz aus den Zerstörungen, mit denen dieser Staat die Welt überzog - insbesondere aus der Shoah. Jede Anbiederung an die Nation lehnte er kategorisch ab. Er wusste, dass es für ihn als Kommunisten kein Vaterland gibt.



Im Kommunistischen Bund prägte Bernd in den siebziger Jahren die Antifa-Politik mit. Er war da, wenn es in Hamburg darum ging, die Nazis zurückzudrängen. Unsere Parole "Keinen Fußbreit den Faschisten!" nahm er wörtlich.
Von anderen Linken gab es dafür nicht nur Anerkennung, der KB galt vielen GewerkschafterInnen und insbesondere DKPlerInnen als "ChaotInnen". Beim "Festival der Jugend" stellte sich Bernd 1978 hin und bot den "Arbeiterkampf" an, die Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB). Von Ordnern der SDAJ und DKP, die damals keine Agitation von linken "Chaoten" bei ihren Veranstaltungen duldeten, wurde er dafür verprügelt und vom Gelände gejagt. Erst zehn Jahre später beim "Festival der Jugend" 1988 gab es auf dem Festivalgelände einen Büchertisch der KB-Jugend - ganz offiziell eingeladen von der Hamburger SDAJ.

Bernd sprach nicht viel über die Prügel von 78. Eine Ohrfeige, über die er oft sprach, verpasste ihm noch 1974 sein Vater im Wohnzimmer. Bernd jubelte stürmisch, denn Jürgen Sparwasser hatte für die DDR bei der Fußball-WM den Siegestreffer gegen die BRD erzielt. Das durfte für den autoritären Vater nicht sein. Bei einer Veranstaltung in der Werkstatt 3 aus Anlaß des 50. Jahrestages der Staatsgründung Israels erzählte er vor der Tür, sein Vater hätte große Ressentiments gegen jüdische Menschen. Israel würde nur eine Sache gut machen - die Bekämpfung der Palästinenser und der arabischen Anrainerstaaten. Das beschäftigte Bernd. Bei der Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus war er unnachgiebig und legte Wert darauf, gegen beides anzugehen.

Bernd wurde vor 52 Jahren, am 11. Februar 1956, geboren und ist in Großlohe aufgewachsen, eine Hochhaussiedlung am Rand von Rahlstedt. Seine Herkunft hat ihn geprägt und er legte großen Wert darauf, nicht aus bürgerlichen Verhältnissen zu stammen. Er arbeitete viele Jahre als LKW-Fahrer für eine Baustoffhandlung. Nach Ar-



beitslosigkeit machte er in den Achtzigern erst eine Umschulung, arbeitete dann als Drucker bei Hein & Co, dem damaligen Druckkollektiv des Kommunistischen Bundes. An der GTO wie an der großen Vierfarbmaschine schwang er den siebzehner Schlüssel, justierte die Farbwerkschrauben, produzierte er passergenau eine große Menge an Flugblättern und Plakaten, viele davon für Kampagnen, an denen er beteiligt war.
Mitte der Neunziger begann er auf dem Zweiten Bildungsweg ein Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, das er als Sozialökonom abschloss. Ein Philosophiestudium und eine geplante Doktorarbeit wurden durch seine Krankheit verhindert. Bei seiner Beerdigung hielten zwei mit ihm eng und lange verbundene GenossInnen eine bewegende Rede: "Bernd entwickelte ein fast schon lustvolles Verhältnis zur Konfrontation, seine Fähigkeit zur Polarisierung dürfte ein Grund dafür sein, dass er recht vielen Leuten bekannt war. Besonders Autoritäten forderte er gerne heraus, ob es sich um Polizisten, S-Bahnkontrolleure oder so genannte Experten handelte. In seinem Auftreten entwickelte er immer eine starke Präsenz. Auch in seinem engen Kreis war er nicht zu übersehen - und schon gar nicht zu überhören - Manchmal hätte man dann doch selbst auch gerne noch etwas gesagt. Er konnte aber auch das Gefühl geben, beschützt zu sein. In brenzligen Situationen konnte man sich auf ihn sicher verlassen. Öfter waren wir froh, dass Bernd mit dabei war.

Seine ganze Biographie ist eng mit der Geschichte der Hamburger Linken verbunden. Er war bei unzähligen Gelegenheiten aktiv. Seine Genossinnen und Genossen erinnern ihn in Brokdorf und Gorleben oder an der Hafenstrasse, bei unzähligen Demonstrationen, ob als Fahrer des Lautsprecherwagens oder selbst mit Megaphon - obwohl gerade er eigentlich gar keines gebraucht hätte. Viele von Euch haben ihn in diesen Zusammenhängen erlebt - auch als Kontrahenten."

Er war streitbar und ungeduldig, konnte und wollte sich nicht damit abfinden, wie menschenfeindlich die von Menschen gemachten gesellschaftlichen Verhältnisse für die Ausgegrenzten, Ausgeschlossenen, Ausgebeuteten sind. Über Jahrzehnte war er präsent, er ging 1990 mit den Weg in die Gruppe K, die sich als antideutsche Minderheit unter dem Motto Nie Wieder Deutschland aus dem KB heraus bildete. An der Berliner Ortsgruppe der Gruppe K, aus der die heutige Bahamas-Redaktion hervorgegangen ist, übte er begründet heftige Kritik und empörte sich, weil er fand, dass Artikel aus dieser Berliner Gruppe rassistisch argumentieren würden und sich mit einem damaligen, zeitweiligen Autor der Zeitschrift Konkret solidarisierten, der behauptete, es würde Rassen geben, und denen liessen sich Eigenschaften zuordnen. In dieser Christoph-Türcke-Debatte wollte er einen klaren Trennungsstrich. Als er sich damit leider nicht durchsetzen konnte, trat er aus. Er empörte sich darüber, dass die Mehrheit der Gruppe K hier dem von ihren damaligen Mitgliedern Jürgen Stuttgart und Max Müntzel vorgeschlagenen versöhnlerischen Kurs folgte und keinen klaren Trennungsstrich zu der Berliner Gruppe zog.

Bei der Auflösung der Gruppe K im Oktober 1995 fehlte Bernd. Es gelang nicht zu verhindern, dass die Berliner Gruppe die Bahamas übernahm - mit den heute bekannten Folgen der Dessavouierung antideutscher Ansätze, die von vielen einfältigen Linken mit den Bahamas gleichgesetzt werden. Aber Bernd war weiter umtriebig, mit dem Antinationalen Plenum Hamburg organisierte er notwendige, wenn auch manchmal verzweifelt isolierte Interventionen gegen die nationale Offensive in Deutschland, zum Beispiel gegen die Einweihung der deutschnationalen Kranzabwurfstätte Neue Wache in Berlin.

Bei Bernds Beerdigung begleiteten ihn viele GenossInnen aus den Jahren im KB, auch solche, die sich bei der Spaltung 1991 beim anderen Flügel organisiert hatten, der die Weiterführung der Zeitschrift analyse & kritik organisierte, dem Nachfolgeorgan des Arbeiterkampf. Und es war das erste Mal seit 1995, dass die Hamburger Gruppe K zusammenkam, mit einem Transparent, dass seiner gedachte. Bernd hat auch im Tod viele Menschen zusammengebracht, wie zu Lebzeiten.
Sein Grab liegt auf dem Altonaer Friedhof.

gruppe bricolage

Um seinen Grabstein zu bezahlen,
wird um Spenden gebeten:
Karin Bodin,
Kontonummer 3042261408
BLZ 20050550 bei der Haspa.



Rebellion ist gerechtfertigt!
Mao Tse Tung
Deutschland? Nie wieder!
Marlene Dietrich

Bernd Schulz
11. Februar 1956 – 29. September 2008

Wir begleiten Dich auf Deinem letzten Weg am 13. Oktober um 13 Uhr auf dem Altonaer Friedhof, Stadionstraße 5, in der Kapelle.

Wir sind dankbar für Deinen jahrzehntelangen solidarischen Einsatz gegen die deutschen Verhältnisse.

GenossInnen aus dem ehemaligen Kommunistischen Bund, der ehemaligen Gruppe K und der gruppe bricolage.

Anstelle von Blumen spendet bitte für einen Grabstein:
Karin Bodin, Konto 3042261408, BLZ 200 505 50, Haspa



das verzeih ich meinen landsleuten nie
auch das nicht,
das verzeihe ich meinen deutschen erziehern niemals.
ich konnte keinen freiheitsschrei,
ich konnte keinen freudentanz im mai fünfundvierzig.

Christian Geissler
* 25. Dezember 1928 † 26. August 2008

Die Beerdigung war am 3. September im ostfriesischen Rheiderland, auf dem Friedhof in Ditzumerverlaat.

Christian Geissler, Kommunist, Schriftsteller – ¡presente!

Wir sind dankbar, Christian Geissler als Freund und Genossen erlebt zu haben.

gruppe bricolage und FreundInnen

Rote Flora im März / April 2009

So 01.03. 16 Uhr
Cafe Offener Hinterhalt
offener Hinterhalt wird öffentlich
Treffen U-Bahn Feldstr (U3) ON TIME!
Bringt Sachen aus eurem Wohnzimmer mit (Brettspiele, Lampen, Decken, Kissen, Klapptische, Plastikblumen, Fußmatten, Teppiche, Radios, und Texte zum Vorlesen (euer Lieblingsgedicht, Texte zur Rückeroberung des öffentlichen Raums, zu Kameraüberwachung, zu Hartz IV...) und Kaffe(-Becher), Tee und Kuchen/Snacks

Di 03.03. 21 Uhr
Konzert
Cancer Clan (Powerviolence/grind/core aus Potsdam)
Brink of Despair (Leipzig)

Sa 07.03. 21.59 Uhr
Techno-Party Brainstorm
Floor I:
u.a. Hagen / Electrofantasma / Hamburg
incite/ *Live / Hamburg
Tails / *Live / auf-die-ohren / Hamburg
Mutterkorn / *Live / Real Acidgroove / Hamburg
Floor II:
u.a. AggrAcid / *LIve / Acidwars / Brainstorm / Hamburg
Abilgaard Re-Activ8 / Taciturne / Hamburg - Paris
C67 / Chaossound / Kyritz
Gewalt in Ton / *Live / Stra?ebauamt / Mainz

So 08.03. 18 Uhr
HC/ Punkshow präsentiert von: Our Turn Concerts
Trainwreck (HC, USA)
Glasses
Cave Canem

Fr 13.03. 20 Uhr
Konzert
Girolamos Walk (Emo, Punk, Screamo)
Kippen

Sa 14.03. 18 Uhr Infoveranstaltung
Infoveranstaltung/Party
move to the coup ... die dritte Auflage! Infoveranstaltung mit anschließender Soliparty für Antifaarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Ab 22 Uhr große 80's - 90's Party (trash/classix/underground)und nen Elektrofloor mit Drum'n'Bass und Minimal.

So 15.03. 21 Uhr
Konzert präsentiert von Radio Gagarin
Fire & Ignorance (Nowave/ Norwegen)
Activity Center (Elektro-Acustic Improv/ Berlin)

Mo 16.03. 21 Uhr
Konzert
Black hole Calcutta + support

Fr 20.03. 21 Uhr
Punkkonzert
The Fiend gründeten sich 1982 und waren eine der ersten Punkband mit Hardcoreeinflüssen in England.

Mo 23.03. 20 Uhr
Veranstaltung und Ausstellung
Die Revolte in Griechenland und der Stand derBewegung

Do 26.03. 21 Uhr
Konzert Präsentiert von: Our Turn Concerts
Attitude (syracuse/ny)
Goldust
Let me out (SWE)

Fr 27.03. 23 Uhr
Soliparty für das Camp Vision '09
Elektro / Drum 'n Bass / Techno:
M & M (Eat the Beat), Hamburg
Addy Attention, Berlin
DJ Fox, Berlin
DJ Felix Swampland, Hamburg

Sa 28.03. 23 Uhr
Party
17 Jahre Crucial Vibes mit Gästen aus der Schweiz
Floor I: Dancehall Floor II: Dub 'a'Dub

So 29.03. 21 Uhr
Konzert
IO Monade Stanca (Math-Rock/ Italien)
Uri Geller (Nonwave/ Hamburg)
Buckettovsissors (static Elektro Noise / Frankfurt)

Fr 10.04.
Soli-Party und Konzert
zum Wasserturmprozess

Sa 18.04. 22.30 Uhr
Soli-Party "My gender is Music"
Für Repressionskosten im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die teilautonomen Referate und die Abschaffung des FrauenLesbenTrans-Rats (Uni).

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr